

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg)

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befensbinderhof 57/66, 8. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 30 \mathcal{A} ,
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Die Arbeitslosenversicherung in Großbritannien-Irland.

Eine obligatorische staatliche Arbeitslosenversicherung wird aller Voraussicht nach im Laufe des nächsten Jahres im „vereinigten Königreich“ Großbritannien-Irland verwirklicht werden. Nach dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend das „nationale Versicherungsweien“, dem alle Parteien zustimmen, soll sich die obligatorische Arbeitslosenversicherung auf folgende Betriebsarten erstrecken: 1. Hausbau, einschließlich der Aenderung, Reparatur, Ausschmückung und Demolierung von Gebäuden; 2. Anlage, Wiederherstellung oder Abänderung von Eisenbahnen, Docks, Häfen, Kanälen, Kais, Brücken, Anlegeplätzen und sonstigen Bauwerken; 3. Schiffbau, einschließlich der Aenderung, Reparatur und Ausschmückung von Schiffen; 4. Maschinenbau und verwandte Gewerbe, einschließlich der Geschütz- und Handfeuerwaffenfabrikation; 5. Wagenbau, einschließlich der Ausschmückung von Wagen. Versicherungspflichtig sollen alle in diesen Betriebsarten tätigen Lohnarbeiter im Alter von 18 Jahren aufwärts sein, deren Zahl auf 2 421 000 geschätzt wird, wovon auf die Baugewerbe 1 321 000 entfallen; von allen Versicherungspflichtigen gehören etwa 350 000 Gewerkschaften an, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, und 110 000 anderen Gewerkschaften. Ueberhaupt organisiert ist mithin bloß etwas mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl. Eine im Auftrage des Handelsministeriums vorgenommene Berechnung ergab für die Baugewerbe einen durchschnittlichen Arbeitslosenstand von 10,4 pZt., der 32 1/2 Arbeitslosentagen im Jahre entspricht; für den Schiff-, Maschinen- und Wagenbau wurde der durchschnittliche Arbeitslosenstand mit 6,5 pZt. berechnet, was 20 1/3 Arbeitslosentagen im Jahre gleichkommt. Wegen dieses verschiedenen Risikos wurden auch, bei gleicher Beitragshöhe, die Unterstützungssätze ungleich bemessen. Der von jedem versicherten Arbeiter und seinem Arbeitsanwender zu zahlende Wochenbeitrag soll je 2 1/2 d (21 \mathcal{A}) betragen, während der Staat einen Zuschuß von einem Drittel der Beitragssumme leisten soll, so daß der Beitrag pro Versicherten und Woche 6 2/3 d (56 \mathcal{A}) ausmacht. Die Arbeitsanwender können sich eine Vergünstigung in der Weise beschaffen, daß sie für den versicherten Arbeiter und sich selbst einen Jahresbeitrag von 15 sh (ebenso viele Mark) zahlen, wobei ihnen das Recht gewahrt bleibt, sich allwöchentlich von jedem Arbeitslohn 2 1/2 d abzuziehen. Bruchteile von Wochen werden als volle Wochen gerechnet, außer im Fall von Arbeitsanwendern, die ihre Arbeiter durch die staatlichen Arbeitsnachweise beziehen; bei diesen erfolgt die Berechnung der Beitragshöhe so, daß die Summe der von allen Arbeitern geleisteten Arbeitstage durch die Zahl der Wochentage (sechs) geteilt wird. Der Jahresbeitrag, der für jeden Versicherten durchschnittlich einkommt, wird mit 22 sh 2/3 d berechnet, da die Zahl der wahrscheinlichen Beitragswochen nur 44 ist und viele Arbeitsanwender von dem Recht der Vorauszahlung eines ermäßigten Jahresbeitrages Gebrauch machen werden. Von dem erwarteten Gesamtbeitrag entfallen auf den Arbeiter 9 sh 2 d, den Arbeitsanwender 7 sh 6 d und den Staat 5 sh 6 2/3 d im Jahr. Da für die Verwaltungskosten ein Zehntel der Einnahmen an Beiträgen zu reservieren ist, so verbleiben 20 sh pro Arbeiter für die Auszahlung von Unterstützung. (Erfordern die Verwaltungskosten mehr, so ist der Mehrbetrag aus Staatsmitteln zu bestreiten.) Der Unterstützungsbezug soll in mehrfacher Weise beschränkt werden, vor allem auf eine Dauer von 15 Wochen im Verlauf von zwölf aufeinanderfolgenden Monaten, ferner soll bei freiwilliger oder selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit der Anspruch erst

mit der siebten Arbeitslosenwoche eintreten und für die erste Arbeitslosenwoche soll überhaupt keine Unterstützung gewährt werden. Das Bezugsrecht beginnt erst nach sechszwanzigwöchiger Beitragsleistung. Unter Berücksichtigung dieser Beschränkungen und anderer Umstände würde die zu erwartende durchschnittliche Unterstützungsdauer nicht 32 und 20 Tage, sondern nur 23 (Bauarbeiter) und 14 Tage (Schiffbauer, Maschinen- und Wagenbauer) im Jahre währen. Auf dieser Grundlage wurde die Unterstützungshöhe bemessen, und zwar mit 6 sh wöchentlich für Bauarbeiter und 7 sh wöchentlich für die andern Versicherten. Kein Versicherter soll berechtigt sein, mehr als für eine Woche Unterstützung auf je fünf geleistete Beiträge zu beziehen. Für die Zahlung der Beiträge ist der Arbeitsanwender haftbar; er hat allwöchentlich eine dem gemeinsamen Beitrag entsprechende Marke in das Versicherungsbuch des Arbeiters einzukleben. Die Marken sind auf den Postämtern käuflich. Wenn ein Arbeitsanwender seine Arbeiter durch einen staatlichen Arbeitsnachweis bezieht, so kann ein Uebereinkommen getroffen werden, demgemäß der Arbeitsnachweis die Pflicht der Aufbewahrung der Versicherungsbücher und des Einklebens der Beitragsmarken übernimmt. Falls in Zeiten wirtschaftlicher Krisen Arbeitsanwender, statt Entlassungen vorzunehmen, verkürzte Zeit arbeiten lassen und ihren Arbeitern die Versicherungsbeiträge nicht abziehen, so werden ihnen die für den betreffenden Zeitraum gezahlten Beiträge ganz oder zum Teil zurückerstattet.

Die Durchführung der Arbeitslosenversicherung soll hauptsächlich den staatlichen Arbeitsnachweisen zufallen, zu welchem Zweck für jeden Arbeitsnachweis ein Versicherungsbeamter berufen wird. Beim Eintritt von Arbeitslosigkeit hat sich der Arbeiter im Arbeitsnachweis zu melden und der Versicherungsbeamte entscheidet über den Unterstützungsanspruch. Der Tag der Meldung gilt als Beginn der Arbeitslosigkeit. Ist der Arbeiter mit der Entscheidung des Beamten unzufrieden, so kann er sich an eine Körperschaft wenden, die in dem Gesetzentwurf „Court of Referees“ bezeichnet wird, aber eigentlich kein Schiedsgericht ist, denn ihre Entscheidungen haben nur dann Gültigkeit, wenn sie im Sinne des Versicherungsbeamten ausfallen. Damit dies recht häufig zutrifft, ist weiter bestimmt, daß der klageführende Arbeiter nur dann vor dem Court of Referees erscheinen darf, wenn es verlangt wird. In der Regel werden also wohl die Gründe des Versicherungsbeamten, nicht aber des Versicherten, angehört werden. Stimmen der Versicherungsbeamte und der Court of Referees nicht überein, so besteht das Recht der Berufung an einen vom Handelsminister ernannten Schiedsrichter. Courts of Referees sollen für die vom Handelsministerium zu bestimmenden Bezirke eingesetzt werden; sie bestehen aus einer gleichen Zahl von Arbeiter- und Unternehmervertretern, die nach dem Wortlaut des Gesetzes zu urteilen, nicht von den Parteien gewählt, sondern ernannt werden. Der Vorsitzende ist immer eine vom Ministerium zu bestimmende Person. Die Arbeiter haben überhaupt kein Selbstverwaltungsrecht, außer wenn eine Gewerkschaft mit dem Ministerium ein Uebereinkommen trifft, wonach sie für ihre versicherungspflichtigen Mitglieder die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung übernimmt. Sie erhält dann aus dem Arbeitslosenfonds zwei Drittel des Betrages zurückerstattet, den sie als Arbeitslosenunterstützung an ihre versicherungspflichtigen Mitglieder auszahlte. Beträgt somit in den Baugewerken das Gesamtausmaß der Unterstützung 9 sh in der Woche oder weniger, so hat die Gewerkschaft bei einem derartigen Uebereinkommen keinen materiellen Vorteil; denn sie erhält für 9 sh 6 sh zurückerstattet. Bei höherem Unterstützungsausmaß fällt der Gewerkschaft eine Art Staatssubvention zu.

Auf Staatssubvention im Ausmaß eines Sechstels der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sollen aber alle Organisationen Anspruch haben, welche diese Unterstützung eingeführt haben. Bei Berechnung der Subvention kommt nur ein Unterstützungsausmaß bis zu 12 sh in der Woche in Betracht; ist das Ausmaß höher, so wird für den Mehrbetrag keine Subvention gezahlt.

Dem Handelsministerium sollen in bezug auf die Durchführung der Vereinbarung ziemlich weitgehende Rechte vorbehalten bleiben; selbst das Unterstützungsausmaß kann es — nach dem Entwurf — ändern und die Bezugsdauer verkürzen. Eine Verlängerung der Bezugsdauer, ein Herabsetzen des Unterstützungsausmaßes unter 6 sh oder ein Hinausgehen über 8 sh ist nur mit Zustimmung des Parlaments erlaubt.

Wenn jemand im eigenen oder im Interesse einer andern Person falsche Angaben macht, um Arbeitslosenunterstützung zu erlangen, so ist er bei summarischer Ueberführung mit Gefängnis bis zur Dauer von drei Monaten zu verurteilen. Bei sonstigen Vergehen ist die Maximalstrafe eine Geldbuße von 10 £ (200 M.). Wer die Beiträge zu zahlen versäumt oder verweigert, hat das Dreifache des schuldigen Beitrages zu entrichten.

Aus dieser rein sachlichen Darstellung kann jeder erkennen, daß das Projekt durchaus nicht so günstig ist, als seine Urheber behaupten, und auch das Lob, das ihnen in der deutschen Arbeiterpresse vielfach gezollt wurde, ist nicht ganz berechtigt. Namentlich mit der vielgepriesenen „uneingeschränkten Selbstverwaltung“ sieht es recht windig aus. H. F.

Umfang unseres Zentralverbandes, Zahlstellen- und Mitgliederbewegung im ersten Quartal 1911.

Am Schlusse des vierten Quartals 1910 waren 718 Zahlstellen vorhanden. Im Laufe des ersten Quartals 1911 wurden 21 neu errichtet, 8 lösten sich auf und 4 traten zu andern Zahlstellen über, so daß am Schlusse des ersten Quartals 1911 727 Zahlstellen gezählt wurden.

Seit dem Jahre 1907 betrug am Schlusse des ersten Quartals die Zahl der Verbandszahlstellen:

1907.....	697	1909.....	711
1908.....	717	1910.....	728
1911.....	727		

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vierten Quartals 1910 54 550. Im Laufe des ersten Quartals 1911 betrug der Zugang 7733 Mitglieder, der Abgang 6493. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des ersten Quartals 55 790 (die weiterhin abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Mitgliederfluktuation eingehender). Seit dem Jahre 1907 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals:

1907.....	52859	1909.....	49221
1908.....	52852	1910.....	55389
1911.....	55790		

Die jedesmalige Zu- (+) bzw. Abnahme (−) der Mitgliederzahl betrug seit 1907 im ersten Quartal:

1907.....	+ 482	1909.....	− 75
1908.....	− 420	1910.....	+ 1568
1911.....	+ 1240		

Wie sich in den einzelnen Bundesstaaten bzw. Landesteilen des Deutschen Reiches die Zahlstellen- und Mitgliederbewegung seit dem Vorjahre gestaltet, zeigt die nachstehende Tabelle, wo die Zahl der Zahlstellen und Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals 1911 mit dem Stande der Dinge in der gleichen Zeit des Vorjahres verglichen wird:

Bundesstaaten und Landesteile	1910		1911		Zu (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	Mittgl.	Zahlst.	Mittgl.	Zahlst.	Mittgl.
Ost- u. Westpreußen	27	1987	27	1822	-	- 165
Brandenburg	86	7063	79	5410	- 7	- 1653
Pommern	44	1769	46	1767	+ 2	+ 2
Posen	13	683	19	833	+ 6	+ 150
Schlesien	68	3627	61	3679	- 7	+ 52
Provinz Sachsen	56	3826	57	3580	+ 1	- 246
Schleswig-Holstein	43	2368	48	2469	+ 5	+ 101
Hannover	45	2691	43	2661	- 2	- 30
Westfalen	22	936	22	1044	-	+ 108
Hessen-Nassau	11	1926	10	2049	- 1	+ 123
Rheinland	23	1876	22	2039	- 1	+ 163
Königreich Preußen	438	28252	434	27353	- 4	- 899
Bayern	51	4356	49	4472	- 2	+ 116
Rheinpfalz	5	231	5	194	-	- 37
Königreich Sachsen	54	9026	57	10171	+ 3	+ 1145
Württemberg	17	1275	17	1289	-	+ 14
Baden	14	929	12	941	- 2	+ 12
Hessen	8	445	8	474	-	+ 29
Mecklenburg-Schwerin	49	1477	49	1478	-	+ 1
Sachsen-Weimar	9	701	9	735	-	+ 34
Mecklenburg-Strelitz	9	297	9	310	-	+ 13
Oldenburg	10	686	10	644	-	- 42
Braunschweig	10	441	11	481	+ 1	+ 40
Sachsen-Meiningen	6	230	7	372	+ 1	+ 142
Sachsen-Altenburg	7	434	8	477	+ 1	+ 43
Sachsen-Coburg-Gotha	7	483	7	512	-	+ 29
Anhalt	8	289	8	296	-	+ 7
Schwarzburg-Rudolstadt	5	144	5	166	-	+ 22
Schwarzburg-Sondershausen	2	53	2	111	-	+ 58
Waldeck	1	29	1	31	-	+ 2
Neuß ältere Linie	1	79	1	65	-	- 14
Neuß jüngere Linie	1	231	1	226	-	- 5
Schaumburg-Lippe	1	24	1	29	-	+ 5
Lippe-Deimold	3	68	3	60	-	- 8
Lübeck	2	264	2	261	-	- 3
Bremen	1	893	1	880	-	- 13
Hamburg	4	3283	4	2931	-	- 352
Elb-Lothringen	5	664	6	751	+ 1	+ 87
Einzelzahler der Hauptkassa	—	105	—	80	-	- 25
Summa	728	55389	727	55790	- 1	+ 401

Nach Ortsgrößenklassen geordnet, bietet unser Verband im ersten Quartal 1911 gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres das nachstehende Bild:

Ortsgrößenklassen	1910		1911		Zu (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	Mittgl.	Zahlst.	Mittgl.	Zahlst.	Mittgl.
Über 100000 Einwohner	36	25128	41	25633	+ 5	+ 505
Von 20000 bis 100000 Einw.	147	12281	139	12184	- 8	- 97
" 5000 " 20000 "	279	10562	290	11001	+ 11	+ 439
" 2000 " 5000 "	181	4939	174	4828	- 7	- 111
Unter 2000 Einwohner	85	2374	83	2064	- 2	- 310

Die Verschiebung der Zahlstellen in den einzelnen Klassen ist durch die letzte Volkszählung herbeigeführt. Durch das Steigen der Einwohnerzahl sind die Orte in höhere Klassen eingerückt.

Finanzgebaren.

Die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen ist im ersten Quartal immer niedriger als in den andern Quartalen, da nur für einen Monat regelmäßige Beiträge erhoben werden. Seit 1907 stellt sich die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen im ersten Quartal wie folgt:

1907	M. 209414,08	1909	M. 192526,48
1908	" 232557,70	1910	" 351625,66
1911	M. 318208,04		

Die diesjährige Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus: Eintrittsgebühren M. 2840, Zentralfondswochenbeiträgen M. 146 067,45, Lokalfondswochenbeiträgen M. 59717,80, Extramarken M. 23 308,65 und sonstigen Einnahmen M. 86 274,14.

Die örtlichen Ausgaben betragen seit 1907 im ersten Quartal:

1907	M. 109204,49	1909	M. 144030,73
1908	" 129938,99	1910	" 118135,41
1911	M. 125965,57		

An die Verbandshauptkassa wurden seit 1907 im ersten Quartal eingekandt:

Jahr	An tausenden Beiträgen		Für den Streitfonds		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1907	127682	93	1856	65	129539	58
1908	184542	24	16440	09	200982	33
1909	187267	55	1194	70	188462	25
1910	220329	85	121868	65	342198	50
1911	307165	40	1067	35	308232	75

Die Ausgaben der Verbandshauptkassa, ausschließlich der zurückgebuchten Summen, betragen seit 1907 im ersten Quartal:

1907	M. 313014,40	1909	M. 692446,47
1908	" 522360,86	1910	" 459029,95
1911	M. 591875,89		

Für Streik- und Gemafregelunterstützung sowie für Agitation verausgabte die Verbandshauptkassa seit 1907 im ersten Quartal:

Jahr	Streikunterstützung		Gemafregelunterstützung		Für Agitation		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1907	37564	93	3514	83	28310	03	71189	79
1908	34929	30	2268	22	32511	85	69709	37
1909	18768	45	2431	15	34150	86	55350	46
1910	8802	80	2253	27	37153	08	48209	15
1911	31226	24	2092	19	42066	39	75384	82

An Arbeitslosen- und Reiseunterstützung verausgabte die Verbandshauptkassa im ersten Quartal:

Jahr	Arbeitslosenunterstützung		Reiseunterstützung		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1907	173480	—	16464	50	189944	50
1908	361886	25	31849	15	392735	30
1909	540495	25	28471	55	568966	80
1910	324987	75	16088	75	341076	50
1911	420478	50	17196	75	437675	25

Seit Bestehen der Arbeitslosenunterstützung in unserm Zentralverbande wurden seitens unserer Verbandshauptkassa für diesen Unterstützungszweig M. 2 166 772,50 ausgegeben.

Der Vermögensausweis unseres Zentralverbandes stellt sich seit 1907 am Schlusse des ersten Quartals wie folgt:

Jahr	Bestände in den Zahlstellen		In den Zahlstellen verbliebene Haupt-Iaufgelber		Bestand in der Hauptkassa		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1907	416439	26	35652	14	669811	71	1121903	1
1908	464788	03	30248	19	718147	62	1213183	8
1909	457830	32	37160	78	680378	89	1175369	9
1910	505618	24	41269	76	925126	08	1472014	0
1911	599988	81	41215	08	880940	58	1522144	4

Mitgliederfluktuation in den einzelnen Bundesstaaten bzw. Landesteilen im ersten Quartal 1911.

Bundesstaaten und Landesteile	Mitgliederzugang					Mitgliederabgang								
	Eingetreten	Wieder eingetreten	Aus andern Zahlstellen angemeldet	Restanten, die nachzählten	Aus andern Organisat. übergetreten	Zusammen	Ausgeschlossen	Ausgetreten	Gestrichen	Gestorben	Abgemeldet	Restanten	Zu andern Organisat. übergetreten	Zusammen
Ost- und Westpreußen	87	40	37	12	3	179	—	15	23	4	66	10	—	118
Brandenburg	180	110	172	25	3	490	2	40	297	14	196	19	—	568
Pommern	55	19	82	9	—	165	—	17	11	3	81	2	—	114
Posen	83	27	53	3	4	170	—	6	40	3	78	—	—	127
Schlesien	240	61	302	9	8	620	—	31	36	3	314	36	—	420
Provinz Sachsen	213	68	207	28	16	532	11	48	27	7	164	19	—	276
Schleswig-Holstein	52	32	398	10	5	497	4	79	29	5	258	18	—	393
Hannover	88	57	304	33	7	484	—	40	30	3	266	13	—	352
Westfalen	55	56	157	—	3	271	—	7	19	3	451	12	—	492
Hessen-Nassau	19	20	64	16	5	124	—	6	19	1	22	1	—	49
Rheinland	131	109	381	1	13	635	—	15	36	5	517	44	—	617
Königreich Preußen	1198	599	2157	146	67	4167	17	304	567	51	2413	174	—	3526
Bayern	264	71	250	7	36	628	4	35	72	14	637	22	—	784
Rheinpfalz	6	1	7	—	—	14	—	—	13	—	12	8	—	33
Königreich Sachsen	347	138	287	25	33	830	—	102	110	18	320	2	—	552
Württemberg	47	46	67	4	—	164	—	14	81	4	92	15	—	206
Baden	55	64	71	15	1	206	—	10	32	2	110	25	—	179
Hessen	19	15	42	10	—	86	—	12	15	2	15	—	—	44
Mecklenburg-Schwerin	33	10	90	3	—	136	—	9	29	5	63	4	—	82
Sachsen-Weimar	54	18	47	—	1	120	—	4	2	1	32	5	—	44
Mecklenburg-Strelitz	4	1	16	1	—	22	—	2	2	1	7	—	—	12
Oldenburg	28	4	84	17	—	133	—	6	10	—	51	—	—	67
Braunschweig	38	17	61	2	—	118	—	7	—	—	64	11	—	82
Sachsen-Meiningen	46	4	14	—	—	64	—	5	4	1	18	—	—	28
Sachsen-Altenburg	15	5	15	4	—	39	—	4	6	—	21	—	—	31
Sachsen-Coburg-Gotha	51	5	18	—	—	74	—	12	3	—	13	—	—	28
Anhalt	14	4	13	—	—	31	1	6	3	1	32	—	—	43
Schwarzburg-Rudolstadt	13	3	9	—	—	25	—	3	4	—	6	1	—	14
Schwarzburg-Sondershausen	15	7	4	—	—	26	—	—	—	—	2	—	—	2
Waldeck	6	—	3	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	31
Neuß ä. L.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65
Neuß j. L.	5	2	19	—	—	26	—	5	4	—	7	—	—	16
Schaumburg-Lippe	2	—	4	—	—	6	—	—	—	—	1	—	—	1
Lippe-Deimold	1	1	1	—	—	3	—	1	—	—	5	1	—	7
Lübeck	2	—	7	—	—	9	—	—	—	—	7	—	—	7
Bremen	14	9	33	—	1	57	—	5	13	2	50	15	—	85
Hamburg	30	19	357	8	22	436	—	13	30	10	388	—	—	441
Elb-Lothringen	80	37	92	27	5	241	—	2	15	1	81	—	—	99
Einzelzahler der Hauptkassa	18	7	35	—	—	60	—	—	—	—	80	—	—	80

Mitgliederfluktuation nach Ortsgrößenklassen im ersten Quartal 1911.

Kategorie	Eingetreten	Wieder eingetreten	Aus andern Zahlstellen angemeldet	Restanten, die nachzählten	Aus andern Organisat. übergetreten	Zusammen	Ausgeschlossen	Ausgetreten	Gestrichen	Gestorben	Abgemeldet	Restanten	Zu andern Organisat. übergetreten	Zusammen
1. Orte mit über 100000 Einwohnern	653	454	1521	44	104	2776	3	151	595	54	2163	96	—	3062
2. " von 20000 bis 100000 Einw.	572	324	945	79	34	1954	4	125	158	22	1138	89	—	1536
3. " " 5000 " 20000 "	768	186	728	76	16	1774	4	127	153	25	826	50	—	1185
4. " " 2000 " 5000 "	292	100	413	37	10	852	11	118	40	9	221	41	—	440
5. " unter 2000 Einwohner	102	16	161	36	2	317	—	40	41	3	99	7	—	190

Mitgliederfluktuation im ersten Quartal 1911 überhaupt im Vergleich mit demselben Quartal der Vorjahre.

Jahr	Eingetreten	Wieder eingetreten	Aus andern Zahlstellen angemeldet	Restanten, die nachzählten	Aus andern Organisat. übergetreten	Zusammen	Ausgeschlossen	Ausgetreten	Gestrichen	Gestorben	Abgemeldet	Restanten	Zu andern Organisat. übergetreten	Zusammen
1911	2405	1087	3803	272	166	7733	22	561	987	113	4527	283	—	6493
1910	2452	1345	3227	472	109	7605	8	807	1091	80	3557	494	—	

Bilder aus der „besseren“ Gesellschaft.

Th. Berlin, 23. Juli.

Vor acht Tagen wurde gezeigt, daß der Graf Wolff-Metternich es zwar mit seiner besonders feinen gräßlichen Würde für vereinbar gehalten hatte, sich von der reichen Frau Wertheim nachts noch Pfannkuchen schicken zu lassen und daß er bei dieser Gelegenheit einen Kellner um M 20 angepumpt hatte, daß er aber in hellem Edelmannszorn die Zumutung von sich wies, er habe nur als „Reisemarschall“ die Frau Wertheim und ihre Tochter nach Italien begleiten sollen. So tief sei er noch nicht gesunken, rief er pathetisch in den Gerichtssaal hinein. Lieber schwindeln und betrügen, als ehrliche Arbeit verrichten. Das ist adelig und edelmännisch. Heute sei nochmals in die Kreise der Edelsten und Besten hineingegriffen.

Der Leutnant Freiherr Oswald v. Nichthofen, ein Sohn des verstorbenen Staatssekretärs des Auswärtigen, hatte trotz beträchtlicher Zuschüsse, die sein Vater ihm gewährte, noch beträchtlichere Schulden gemacht. Das war sein Privatvergnügen. Aber die Gläubiger drängten, namentlich als sie hörten, daß der vorrichtige Vater, ehe er starb, den Vermögensteil seines Oswald festgelegt hatte. Und das war kein Vergnügen. Da lernte der 23jährige Freiherr in einem Reitstall einen andern Adelligen und Offizier außer Dienst kennen, Herrn v. Gaffron, der nebenbei als Maler und Pferdehändler sich versuchte. Nichthofen weihte seinen neuen Freund in seinen Dalles ein. M 25 000 brauche er, 1913 könne er an sein Geld kommen. Der neue Freund half. Er gab die M 25 000 her, ließ sich freilich M 40 000 dafür verschreiben, und Nichthofen war damit einverstanden, versprach auch, wie Gaffron behauptet hat, auf Ehrenwort, von dem Handel niemandem etwas zu sagen. „Ich mußte, daß der Vertrag für mich äußerst ungünstig war, aber ich brauchte momentan M 25 000“, erklärte Nichthofen vor Gericht. Durch einen Rechtsanwalt kam die Sache trotzdem zu den Ohren der Brüder Nichthofens, die nunmehr den v. Gaffron des Wuchers beschuldigten und ihn in der „Gesellschaft“ unmöglich zu machen suchten. Gaffron wurde „geschnitten“, wie der Ausdruck für gesellschaftlichen Boykott lautet. Er forderte daraufhin einen Verwandten Nichthofens zum Duell heraus. Der verwies ihn an Nichthofens Bruder. An den wagte sich Gaffron nicht heran, wohl aber schickte er seinem Schuldner Oswald v. Nichthofen eine Forderung zu. Durch eine Aussprache wurde die Sache erledigt. Doch bald darauf schickte Gaffron seinem Schuldner einen beleidigenden Brief. Nun ließ ihm Nichthofen eine Aufforderung zum Duell zugehen. Gaffron entschuldigte sich, und wieder war die Sache beigelegt. Aber nach wenigen Tagen erhielt Nichthofen einen zweiten beleidigenden Brief von Gaffron, und als er diesen aufs neue fordern lassen wollte, war Gaffron verschwunden. Nun teilte Nichthofen seinem einstigen Freunde brieflich mit, für ihn sei Gaffron „nunmehr aus der Kategorie der Satisfaktionsfähigen ausgeschieden“. In gewöhnliches Plebejerdeutsch übersetzt heißt das so viel wie „du bist ein ganzer Lump“.

Im Oktober 1909 sah Nichthofen, nachdem er kurze Zeit in Afrika gewesen war, in Berlin mit einem Freunde in einem Weinrestaurant. Gaffron trat herein. Nichthofen sah ihn, ignorierte ihn aber. Gaffron trat auf ihn zu, sagte etwa: „Sie haben mir einen Brief geschickt; hier haben Sie die Antwort“, und schlug ihm ins Gesicht, daß der Klemmer herunterfiel. Ehe Nichthofen aufgestanden war, fuhr Gaffron bereits in einem Automobil davon. Die Folge war eine dritte Forderung Nichthofens an Gaffron. Dieser wich aus und erklärte am fünften Tage, Nichthofen sei nicht satisfaktionsfähig. Nichthofen klagte. Gaffron wurde vom Schöffengericht zu M 500 verurteilt. Die Berufungskammer setzte die Strafe auf M 200 herab. Nichthofen war unterdes nach Mexiko gegangen. Als er zur Ableistung einer Uebung als Reserveoffizier zurückkehrte, sandte Gaffron ihm einen eingeschriebenen Brief zu. Nichthofen erkannte Gaffrons Handschrift und nahm den Brief nicht an. Gaffron schickte nun den Brief ans Bezirkskommando. Der Ehrenrat entschied, daß ein Duell stattzufinden habe. Gaffron stellte sich; denn ihm war das Schreckliche passiert, daß er infolge des Wuchers, er habe Wuchergeschäfte getrieben, keine Einladung zu den Hoffjagden mehr erhalten hatte. Die Duellbedingungen lauteten auf 15 Schritt Distanz, gezogene Pistolen und Kugelwechsel bis zur Kampfunfähigkeit.

Am 10. Mai d. J. gelangte das Duell in der Tegeler Heide zum Austrag. Beim ersten Kugelwechsel schoß jeder ein Loch in die Luft. Beim zweiten erhielt Gaffron eine Kugel in den Leib. Leber und Niere wurden verletzt; er starb noch im Laufe des Tages. Das Kriegsgericht erkannte gegen Nichthofen auf zwei Jahre Festung. Er wird sie verbüßen oder auch nicht, und die Sache ist damit erledigt.

Der ganze Jammer des verhungerten militärischen Ehrbegriffes überkommt einen beim Lesen dieses Falles, der in seinen Grundlinien nicht vereinzelt dasteht, sondern

zeigt, wie lächerlich hohl das ganze Getue in den Kreisen ist, die sich auf ihren „blanken Ehrenschild“ eine besondere Gurke einbilden. Mit der Offizierschre ist vereinbar, daß jemand, um hasardieren und ludern zu können, Schulden macht, obwohl er weiß, daß er sie nicht in der ausbedungenen Zeit bezahlen kann. Mit der Offizierschre ist vereinbar, daß einer als Freund dem andern M 25 000 leiht, aber sich M 40 000 dafür verschreiben läßt. Gaffron hat zwar, als der Handel ruchbar geworden war, erklärt, er habe die überschüssigen M 15 000 dem Nichthofen zurückgeben wollen; doch diese Versicherung ist unglaubwürdig. Mit der Offizierschre ist das ganze kindische Hin und Her, her und hin vereinbar, das sich durch anderthalb Jahre abgespielt hat. Aber nicht mit der Offizierschre ist vereinbar, daß die Einladung zur Hoffjagd ausbleibt. Das fordert Blut; das berechtigt zu dem rohen Ueberfall im Restaurant. Nicht das sinnlose Lotterleben entehrt den Offizier, wohl aber die Ohrfeige eines „nicht Satisfaktionsfähigen“. Fürwahr: Arbeiter, die ein wenig auf sich halten, benehmen sich nicht so, wie hier die beiden Offiziere.

Und überall ist es so. Die Skandalaffären, die aus den Kreisen englischer Lords, französischer Marquis, österreichischer Adelige, italienischer Herzöge bekannt werden, nehmen kein Ende.

Da ist der Herzog Campobello, der Neffe des Kardinals Rampolla, in Genua wegen Zechprellerei verhaftet worden. Seit Jahren schon hat er sein Leben durch Wechselfälshungen und Schwindelereien tollster Art gefristet, um mit Weibern ein ausschweifendes Leben führen zu können, während seine eigene Frau mit ihren Kindern auf Bettel bei Verwandten angewiesen ist. Es war ihm eine Kleinigkeit, in einem Monat M 20 000 zu verschlingen. Man borgte ihm bereitwillig, weil man erwartete, Onkel Rampolla werde es nicht zum öffentlichen Skandal kommen lassen. Hunderttausende hat der Kardinal dem Neffen geopfert, zuletzt für seine Liebelei mit der Sängerin Vittorino Lepanto in Rom, die sich aufs Männerfangen versteht. Campobello ist ihr allerdings schließlich übergeben und hat ihr die „Ersparnisse“ abgegaunert, die sie an andern Männern gemacht hatte. Rampolla mag zuletzt ungemütlich geworden sein, kurzum: vor einigen Monaten verschwand Campobello aus Rom.

In Genua tauchte er wieder auf. Sein erlauchter Name ermöglichte ihm, in einem der ersten Hotels auf Kredit flott zu leben. Schließlich wurde ihm der Boden zu heiß. Er verduftete, um ein anderes Hotel zu beglücken. Von auswärts telefonierte er an das Hotel Miramar in Genua und bestellte für sich und seine Frau eine Wohnung. Er traf pünktlich mit dem angegebenen Zuge ein. Ehrenvollster Empfang unter tiefen Knien. Vier Tage verstreichen bezahlt wurde nicht. Der Herzog und seine „Duchesse“ lebten wie zwei Turkeläubchen. Am frühen Morgen des fünften Tages fuhr Campobello mit seiner Frau, ohne sich im Hotel zu verabschieden, nach der Bahn. Damit war der Hotelwirt, ein Deutscher, nicht ganz einverstanden. Er brachte die Polizei auf die Beine und ließ den Grafen, als er eben den Zug besteigen wollte, verhaften. Seine Frau durfte nach Rom abdampfen. Auf der Polizeiwache sollte der Graf seine Hotelrechnung bezahlen. Er zitierte zwar nicht den Vers aus Busch: Keines Glück geniehet nie, wer zahlen soll und weiß nicht wie; aber er dachte, ohne lange Worte zu machen, seine Taschen um und um, und siehe da, es fiel kein einziger roter Centesimo heraus. Und die abgereifte Frau? Eine Frau war das gewesen, aber nicht seine, sondern die Ehefrau eines andern und zwar eines der höchstgestellten römischen Adelligen.

Nicht jeder Adelige ist ein so verkommenes Lüderlein. Wichtig. Aber nicht Zufall ist es, daß überall, also in allen Ländern, die verloderten Sprößlinge der Edelsten aus Agrarfamilien stammen. Sie sind es, um deretwillen Deutschland seit einem Vierteljahrhundert durch agrarische Liebesgaben aller Art gefehlich gebrandschätzt wird. Sie sind es, um deretwillen in deutschen Arbeiterfamilien das Salz zum Brote, oft genug das Brot selbst fehlt.

Mancher unserer Freunde fragt sich besorgt, wie es uns, wenn die Arbeiterklasse die Macht erlangt haben wird, gelingen soll, die entarteten proletarischen Existenzen mit sozialistischem Geiste zu durchtränken. Das wird nicht allzuschwer sein. Aber die verloderten Edelsten zur Reife zu bringen, das wird eine schwere Nummer sein. Zimmerhin, auch ihnen wird beigebracht werden, was zum Menschsein gehört.

Internationale Nachrichten.

Ein Riesenstreik in Paris und sein klägliches Ende.

Die Bauarbeiterföderation, die bis jetzt nur Berufstreiks kannte, wurde in einen Industriestreik gedrängt, der alles bisher Gesehene übertrifft. Am 8. Juli fand eine Zusammenkunft zwischen Arbeiterdelegierten und Unternehmern statt, die, nachdem sie fünf Minuten

dauerte, resultatlos abgebrochen wurde. Am Sonntag, 9. Juli, beschloß dann die mächtigste, aktivste und, wie man auch sagt, revolutionärste Arbeiterorganisation Frankreichs in einer Versammlung, die in der Reitschule St. Paul in Paris stattfand und an der 20 000 Arbeiter teilnahmen, den Streik. Es streikten in Paris und Umgebung etwa 60 000 Arbeiter von 34 Bauberufen, die sich in 70 Lokalen täglich die Streikkarten abstempeln ließen. Maurer, Ziegelarbeiter, Erdarbeiter, Zimmerer, Bauanschläger, Parkettleger, Maler und Anstreicher, Pfasterer und Zementarbeiter waren die wichtigsten Berufe, die streikten. Streikende zogen in Gruppen von Bauplatz zu Bauplatz, um die noch Arbeitenden von der Notwendigkeit des Streiks und dessen sicherem Gelingen nur bei geschlossener Teilnahme zu überzeugen. Dann sahen wir Polizei, Munizipalgarde zu Fuß und zu Pferde, die die Regierung bereitwilligst den Unternehmern zur Ueberwachung der Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

In kluger Berechnung, den Streik zu ersticken, oder doch dessen Ausdehnung bedeutend zu beeinträchtigen, hat der Vorsitzende einer der größten Banken (Fr. 775 000 bringt ihm diese schwere Arbeit pro Jahr ein), der, wie durch Zufall, nun Ministerpräsident der französischen „Republik“ ist, Herr Caillaux, den Streich Briands beim Eisenbahnerstreik wiederholt, indem er die zwei Sekretäre und den Schiedsrichter des Maurersekretariats verhaften ließ. Er hat sich damit offen auf die Seite der Unternehmer gestellt. Ein Vorwand war leicht gefunden. Die drei Verhafteten sollten an die Mitglieder ihrer Organisation, die beim Militär dem Vaterlande ihren Tribut leisten, neben der regelmäßigen kleinen Unterstützung auch eine Ermahnung geschickt haben, im Streikfalle nicht auf ihre ehemaligen Arbeitskollegen zu schießen. Daß die Verhaftung willkürlich war, geht aus der Tatsache hervor, daß fast alle Syndikate dasselbe seit etwa zehn Jahren tun. Die Verhaftungen wegen Antimilitarismus waren also nur ein Vorwand. Nicht das Vaterland war in Gefahr, wohl aber ein Angriff auf den Löwenprofit der Bauunternehmer in Aussicht.

Die Brutalität des Kampfes geht ferner aus den übrigen Ereignissen hervor: Zusammenstöße, Verhaftungen, ja selbst Verurteilungen fanden statt. Und wenn der Mut und die Kampfeslust der Organisierten mit dem Erstarken ihrer Organisation gewachsen war, so blieb auch die Unverschämtheit der Streikbrecher, angespornt durch die Taten der Regierung und Unternehmer, nicht zurück. Ein Streikender, Vater von sechs Kindern — elf Jahre ist das älteste — wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Gelben von einem gelben Individuum erstochen. Das ist die Folge der unerhört parteiischen Stellungnahme der Regierung.

Was sind die Forderungen in diesem Kampfe? Der Neunstundentag und die Abschaffung des Subunternehmerwesens. Ueber die Wohltat des Neunstundentages haben wir nicht nötig, ein Wort zu verlieren vor Arbeitern, die diese Wohltat aus Erfahrung kennen. Ein wenig anders steht es mit der zweiten Forderung. Subunternehmer gibt es hier, besonders in den Bauberufen, sehr viele. Diese Einrichtung hat traurige Erscheinungen gezeitigt. Die Arbeiterschaft wirft ihr vor: die Ueberanstrengung der Arbeiter zu verursachen, dadurch den Alkoholismus zu fördern; die Solidarität der Arbeit zu kompromittieren dadurch, daß sie die Arbeit „vereinfachen“. Die Ueberarbeit der Arbeiter und die „Vereinfachung“ der Arbeit haben wieder Arbeitslosigkeit im Gefolge. Endlich sind diese Herren sehr oft nicht zahlungsfähig und betrügen die, die für sie geschützt haben.

Das Sonderbarste an der Sache ist, daß die Marchandage (so heißt hier dieser Subunternehmerunfug) schon längst gesetzlich abgeschafft ist. Die provisorische Regierung von 1848 war es, die auf Anregung von Louis Blanc die Marchandage abschaffte. Aber es erging diesem Gesetz wie allen andern, die für die Arbeiter geschaffen wurden: kein Mensch, vor allem kein Minister kümmerte sich darum, ob es auch eingehalten wurde. 1897 interpellierte der Sozialist Renou in der Kammer, worauf der damalige Arbeitsminister eine sehr sonderbare Auslegung des Gesetzes zum besten gab. Die Gesetzgeber von 1848 hätten nicht die Marchandage selbst abschaffen, sondern nur deren Auswüchse beseitigen wollen.

Heute noch muß also die organisierte Arbeiterschaft für die Beseitigung einer Sache kämpfen, die gesetzlich schon längst beseitigt ist. Das ist das Schicksal aller Gesetze, die zugunsten der Arbeiter geschaffen werden. Es ist einleuchtend, daß solche Zustände weder den Ruf des Parlamentarismus noch den der Republik unter der französischen Arbeiterschaft fördern.

Neben diesen beiden Hauptforderungen hat jeder Beruf kleine Forderungen mit eingereicht. Gemeinsam verlangen alle Berufe der Bauindustrie den Neunstundentag mit demselben Lohn, der bei zehn Stunden gezahlt wurde.

Soweit waren wir mit unserm Bericht, dann lasen wir, daß der große Streik zu Ende ist. Am Mittwoch, 19. Juli, gaben die streikenden Massen noch in imposanter und trotz Polizei ruhiger Weise dem Opfer des gelben Raufboldes, ihrem erstochenen Kollegen, das letzte Geleit, und nachmittags fasten sie auf Antrag des Zentralstreikkomitees den entscheidenden Beschluß. Alle Redner hoben hervor, daß der Kampf keineswegs mit dem Arbeitsantritt zu Ende ist. Die Aktion in den Versammlungen soll mit der Aktion auf den Arbeitsplätzen vertauscht werden. Der Neunstundentag soll gewonnen, die Subunternehmer verjagt werden.

So sehr leicht ist die Sache allerdings nicht, und wir wünschen den Bauarbeitern, daß sie in einem Jahre soweit sind wie die Möbeltischler jetzt. Neben vielen verunglückten Beispielen dieser Art des Kampfes bildet das Beispiel der Möbeltischler eine seltene Ausnahme, was in der Hauptsache wohl daran liegt, weil ihre Organisation nur einen Beruf umfaßt. Den Arbeitern dieses Berufes ist es gelungen, nach fünfmonatigem

wütenden Kampfe ihre Unternehmer so zu ermüden, daß sie einen Kontrakt vorschlugen.

Viele unserer Genossen aus der Möbelbranche haben einen außerordentlichen Opfermut an den Tag gelegt, als sie sich fünf- und sechsmal und noch öfter hinauswerfen ließen, da eben der größte Teil der Unternehmer nicht zugeben wollte, daß die Arbeiter nicht länger als neun Stunden arbeiten. Erst als sie sahen, daß sie einen kolossalen Schaden erlitten einerseits durch die Sabotage der entlassenen Parteien, andererseits dadurch, daß durch den großen Wechsel jedes Stück Arbeit unermeslich teuer wurde, schlugen sie einen friedlichen Abschluß vor.

Wie steht es nun mit der geforderten Lohnerhöhung der Bauarbeiter? Die Forderung des Neunstundentages ist allerdings ins Wasser gefallen. Auch die Abschaffung der Marchandage ist noch nicht gelöst und wir werden ja noch sehen, ob die Verjagung der Subunternehmer so einfach vor sich gehen wird. Das Streikkomitee will glauben machen, daß es nur zeigen wollte, daß der Korporationsgeist so gut wie verschwunden sei, daß die Arbeiter im Bauberufe imstande wären, über die Berufsgrenzen hinaus gemeinsame Sache zu machen. Wenn das das Ziel dieses Streikes war, müssen wir sagen: es war sehr bescheiden. Dann aber eine andere Frage: Ist es nicht unverantwortlich, 60 000 Menschen wegen einer revolutionären Gymnastik in den Streik zu jagen?

Alles in allem hat die größte „revolutionärste“ französische Föderation gezeigt, daß es mit ihren Methoden nicht weit her ist. Denn von der direkten Aktion wird mehr gesprochen als sie angewendet wird. Die Polizei sorgt übrigens dafür, sie auf ein unschädliches Minimum einzuschränken, und Mittel zur Streikführung hat auch diese Organisation nicht. Die Massen waren ohne Unterstützung nicht lange zu halten. Der Streik mußte abkommandiert werden, um nicht abzubrechen.

Die Maler und Anstreicher, die besondere Forderungen zu erringen haben, streiken weiter im Einverständnis mit dem Zentralstreikkomitee.

J. Babion.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zentralstreikfonds.

Nach § 18 des Streikreglements ist der Zentralvorstand berechtigt, Beiträge für den Zentralstreikfonds auszuschreiben und hat die neunzehnte Generalversammlung unseres Zentralverbandes, abgehalten zu Leipzig, den Zentralvorstand dieses Recht noch ganz besonders zugesprochen, weil die beschlossenen Extrabeiträge die erforderlichen Einnahmen für den Verband allein nicht bringen. Der Zentralvorstand hat deshalb beschlossen, den Beitrag zum Zentralstreikfonds in folgender Höhe auszuschreiben:

1. Beitragsklasse pro Mitglied	M. —,80
2. " " " "	" 1,80
3. " " " "	" 1,90
4. " " " "	" 2,60
5. " " " "	" 3,40

Als Grundlage für die Berechnung gelten die im zweiten Quartal insgesamt (alte und neue Beitragsmarken zusammen) geleisteten Beiträge dergestalt, daß je 13 Beiträge (13 verkaufte Beitragsmarken) für ein Mitglied zählen.

Laut § 18 des Streikreglements ist jede Zahlstelle verpflichtet, diese Extrabeiträge aus den Mitteln des örtlichen Fonds zu entnehmen.

Nachdem die Abrechnung des zweiten Quartals nunmehr überall fertiggestellt ist, dürfte es nirgends schwer fallen, die Zahl der abzuliefernden Extrabeiträge genau festzustellen und wird deshalb um umgehende Einsendung des Betrages ersucht. Es hat dieses jedoch spätestens mit Schluß des dritten Quartals zu erfolgen.

Arbeitsgelegenheit.

In Singen a. Hohentwiel, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind, herrscht ein außerordentlich guter Geschäftsgang. Der Zuzug von Verbandsmitgliedern ist deshalb dringend erwünscht. Unsere reisenden Kameraden bitten wir, hiervon Notiz zu nehmen.

Auch in Essen a. d. R. und Umgegend kann noch eine größere Anzahl Verbandsmitglieder untergebracht werden. Zureisende Kameraden haben sich im Verbandsbureau, Beußstraße 70, 1. St., zu melden.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Vordesholm-Boorde bei Kiel, St. Margarethen, Burg i. Dithmarschen, Cramwinkel, Wismar i. d. W., Osuabrid, Ostrow, Rothenburg i. Hannover und Soltan (Land).

Gesperert ist in Bahn das Geschäft von Pagel, in Bielefeld der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes und das Geschäft von Gustav Esdar, Senne I, in Crefeld das Geschäft von W. Rings, in Dittelsdorf b. Zittan das Geschäft von Kiebel, in Dortmund der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, in Düsseldorf das Geschäft von A. Jensen, in Gruau

b. Elbing das Geschäft von Lange, in Oberhausen die Geschäfte von Stephan und Gebr. Gatterdam, in Oldenburg der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, in Schippenbeil das Geschäft von Reichwald, in Seitendorf b. Zittan das Geschäft von Hiltscher, in Sprendlingen das Geschäft von Erdmann, in Strasburg i. d. N. das Geschäft von G. Kepschläger, in Syke b. Bremen das Geschäft des Unternehmers Nienstädt, in Tangermünde die Geschäfte von W. Pesselt und Brünjede & Co., in Velbert die Geschäfte von Keller, Krieger, Sandfort (Tönishaide), Hack und Kurt (Heiligenhaus) und in Zehdenitz das Geschäft von R. König.

Oesterreich.

Gesperert sind Königsberg und Königswald.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Kiszékely und Brassó.

Schweiz.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Arbon, Frauenfeld, Schaffhausen, St. Gallen, Thalwil, Wädenswil und Zürich.

Der Vertragsbruch der Unternehmer in Güstrow hat jetzt endlich seine Sühne gefunden. Daß es so lange gedauert hat, darf bei der Hartnäckigkeit, die den mecklenburgischen Unternehmern ganz allgemein eigen ist, nicht wundernehmen. Wir haben über den Sachverhalt schon einmal ausführlich im „Zimmerer“ Nr. 9 d. J. berichtet, so daß wir uns hier auf eine kurze Darstellung beschränken.

Nach dem Abschluß der Bewegung im Jahre 1908 hielt der Arbeitgeberverband in Güstrow die Situation für geeignet, sich des im Jahre 1906 vereinbarten Tarifes zu entledigen, der noch bis Schluß des Jahres 1911 Gültigkeit hatte. Er blühte aber damit ab und aus Rache dafür bestimmte er aus sich heraus, ohne Verständigung mit unsern Kameraden, die Grenzen des Vertragsgebietes. Auch diese Handlung war ein Verstoß gegen den Vertrag. Der erste, der sich dieser vertragswidrigen Festsetzungen bediente, war der Zimmermeister Rist in Güstrow, der bei Arbeiten in Zehna sich an den im Verträge festgelegten Lohn nicht hielt, sondern einen um 10 % pro Stunde geringeren Lohn zahlte. Das war im Herbst 1909. Er wiederholte das gleiche Manöver im Frühjahr 1910 bei Arbeiten in Schwiggerow, wurde aber dann zur Anerkennung des Tariflohnes gezwungen. Nun handelte es sich noch um die Nachzahlung der Lohndifferenz für die Arbeiten in Zehna. Nach langem Hin und Her kam endlich die Sache vor ein Schiedsgericht in Güstrow, dessen Spruch zugunsten unserer Kameraden ausfiel. Sie waren aber damit noch nicht zu ihrem Gelde gelangt und darauf kam es doch in der Hauptsache an. Eine diesbezügliche Aufforderung an Rist sowohl als auch an den Arbeitgeberverband wurde von dem Vorsitzenden des letzteren dahin beantwortet, daß der Schiedspruch den Zimmermeister Rist nicht zur Nachzahlung verpflichte, es deshalb das beste sei, auch über diese Frage das Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Dazu hatten aber unsere Kameraden nicht im geringsten Veranlassung, sie bestanden auf die Nachzahlung. Nach mehrfachem Briefwechsel, aus dem sich ergibt, daß die Mecklenburger Unternehmer auch Diplomaten sein können, wurde endlich in einer Verhandlung am 18. April die Nachzahlung der Hälfte des in Betracht kommenden Betrages zugestanden. Unsere Kameraden ließen sich aber darauf nicht ein, sie beschlossen vielmehr, das ordentliche Gericht in Anspruch zu nehmen, in der Annahme, dieses müßte ihnen den schuldigen Betrag zusprechen. Ihre Annahme erwies sich aber als irrig, die Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen ohne nähere Begründung. Das Gericht ist bei der Entscheidung von der ihm seitens des gegnerischen Anwalts suggerierten Auffassung ausgegangen, es habe vor Einstellung der Zimmerer eine Vereinbarung zwischen ihnen und dem Unternehmer Rist über den Lohnsatz für Zehna stattgefunden. Diese Voraussetzung war natürlich unzutreffend. Die Kameraden in Güstrow waren nun aber allmählich des trockenen Tones satt geworden; sie legten die übrigen Zimmerer in Mecklenburg von der Angelegenheit durch die Presse in Kenntnis und ersuchten um Fernhaltung des Zuzuges. Jetzt erschien der Arbeitgeberverband auf dem Plan und verlangte von dem Zentralvorstand unseres Verbandes die Aufhebung der verhängten Sperre. Inzwischen hatte ein Teil fremder und auswärtiger Kameraden Güstrow verlassen und die noch verbliebenen Kameraden verständigten sich dahin, für sich das gleiche Recht in Anspruch zu nehmen, von dem Rist ihnen gegenüber Gebrauch gemacht hatte. Von den 14 Mann, die an Rist noch eine Forderung hatten, arbeiteten noch sechs bei ihm; diese legten einzeln am 8. Juli, morgens, die Arbeit nieder und bemerkten Rist gegenüber, sie würden in Arbeit bleiben, wenn er ihnen von jetzt ab anstatt 50 % 60 % Stundenlohn zahlen würde. Dieses Vorgehen kam ihm überrascht, er versuchte durch allerlei Zureden, die Leute zu halten, bot ihnen die Arbeit in Afford an, da sie ja noch mehr als 60 % verdienen könnten; doch alles war vergebens. Jetzt hatte Rist seine letzte Hoffnung auf die zwölf Mann, die noch bei ihm in Arbeit standen und nicht direkt beteiligt waren, gesetzt, aber auch dieser Glaube wurde ihm genommen, indem ihm bedeutet wurde, diese würden am Abend folgen. Schnell rief er den Arbeitgeberverband an und erklärte den Leuten, am Nachmittag fände schon eine Versammlung statt; würde der Arbeitgeberverband die Sache nicht regeln, so würde er austreten und die 60 % bewilligen. Der Geschäftsführer Frehse-Moskoff versuchte, die Arbeitgeber scharf zu machen; würde Rist jetzt bewilligen, dann wäre der Lohn in kurzer Frist überall erhöht, die übrigen Bauarbeiter würden dann nachfolgen; auch den unorganisierten Arbeitgebern versuchte er damit Furcht einzuflöhen.

Seine Bemühungen waren aber in dieser Hinsicht vergeblich. Auch der Versuch, den zwölf Zimmerleuten die Folgen ihres Vorgehens möglichst schwarz auszumalen, schlug fehl. Von einer ArbeitsEinstellung wurde noch ab-

gesehen, da man erst das Ergebnis der Verhandlungen am 11. Juli, woran auch ein Vertreter des Zentralverbandes teilnehmen sollte, abwarten wollte. Diese Verhandlungen haben recht lange Zeit beansprucht. Die Unternehmer, vor allem Herr Feinig, haben sich Mühe gegeben, den Sachverhalt möglichst zu verschleiern und neue Streitfragen aufzuwerfen, sie wurden aber immer wieder darauf verwiesen, daß es sich hier lediglich um die Nachzahlung handle. Nachts um 12 Uhr wurde endlich folgender Einigungsvorschlag formuliert:

Herr Zimmermeister Rist leistet volle Nachzahlung von 18. September 1909 bis zu dem Tage, an dem nach dem Schiedspruch der erhöhte Lohn bezahlt ist. Die Höhe der Nachzahlung wird nach dem Lohnbuch des Zimmermeisters Rist durch die Herren Frehse und Erdmann endgültig festgestellt.

Durch diese Einigung sollen sämtliche Differenzen für die Zimmerer Güstrows erledigt sein. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden und die Leute melden sich tunlichst auf ihrer Arbeitsstelle wieder.

Beide Parteien sind darüber einig, daß ein Lohngebiet für Güstrow zurzeit nicht besteht.

Beide Parteien, die Arbeitnehmer unter Hinzuziehung der Maurer und Bauhilfsarbeiter, treten aber in Verhandlungen darüber ein, ob es nicht möglich ist, das für Güstrow bereits vorgesehene Lohngebiet mit seinen Lohnkonsequenzen für die Folge festzulegen.

Hierdurch war für die Zimmerer die Streitfrage erledigt und wurde am nächsten Morgen aus den Lohnbüchern des Herrn Rist die Nachzahlung festgestellt. Diese Zusammenstellung ergab, daß die 14 in Betracht kommenden Zimmerer von Herrn Rist die Summe von M. 387,70 zu fordern haben. Diese Summe soll dem Gauleiter von dem Arbeitgeberverband überwiesen und zur Verteilung aufgestellt werden. Damit hat die gewiß unliebsame Sache ihr Ende gefunden. Die Unternehmer dürften daraus den Schluß ziehen, daß man nicht ungestraft Lohnfälschungen vornehmen darf, und unsere Kameraden haben erkannt, daß der organisierte Wille des einzelnen viel vermag, wenn er einheitlich und geschlossen auftritt.

Aus Metz wird uns über eine Platzsperre geschrieben: Im Zimmergeschäft Frey in Deutsch-Diö arbeiten zurzeit mehrere Kameraden von uns; genannte Firma führt zugleich auch in Esch a. d. Alzette in Luxemburg Bauten auf. Hier wurde nun gegen unsere Kameraden in ungebührlicher Weise vorgegangen. In einem Lohnstage blieb die Lohnzahlung aus. Unsere Kameraden reklamierten ihren sauer verdienten Lohn. Herr Frey tat darüber beleidigt. Er ging zum Werkdirektor in Esch und zur Polizei und denunzierte unsere Kameraden als Aufwiegler. Sie wurden aus Luxemburg ausgewiesen. Die Zahlstelle Metz hat nun in ihrer letzten Versammlung beschlossen, die Firma zu sperren, bis die Ausweisung unserer Kameraden rückgängig gemacht wird und Frey die Beschimpfung unserer Kameraden zurücknimmt.

Streik in Obornik. Die Streikleitung berichtet, daß zwei Arbeitgeber die Forderungen der Kameraden anerkannt haben; neun Mann sind dort in Arbeit getreten. Abgereist sind zehn Mann, die auch in andern Orten Arbeit gefunden haben. Der Arbeitgeberbund in Rosen hat zwar sein möglichstes getan, um die zehn Mann wieder aus der Arbeit zu bringen, genutzt hat es ihm aber nichts. Am Schluß der zweiten Woche befanden sich noch acht Mann im Streik.

Lohnbewegung auf der Insel Rügen. Die Zahlstellen Bergen, Garz und Scharitz haben gemeinsam im September 1909 mit dem Arbeitgeberverbande des Kreises Rügen einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bis 1. September 1911 Gültigkeit hat. Dieser Tarif gilt stillschweigend zwei Jahre weiter, wenn er nicht sechs Wochen vorher gekündigt wird. Die Zahlstellen haben von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht. Sie haben den Unternehmern mitgeteilt, daß sie wieder zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit sind. Gefordert wird bei Neuaufschluß eine Lohnerhöhung von 5 % pro Stunde und in den Orten des Tarifgebietes, wo die Arbeitszeit länger als zehn Stunden ist, daß die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt wird und auch ein Lohnausgleich erfolgt.

Lohnbewegung auf der Insel Helgoland. Am 13. Juli fand eine von 62 Kameraden besuchte Versammlung statt, die zur Regelung der Arbeitszeit und zur Bezahlung der Ueberstunden Stellung nahm. Es wurde beschlossen, dafür einzutreten, daß die zehnstündige Arbeitszeit, von 6 bis 6 Uhr, als die normale betrachtet wird. Als Ueberstunden soll die Zeit von 6 bis 8 Uhr abends und von 5 bis 6 Uhr morgens gelten, wofür ein Aufschlag von 10 % pro Stunde zu zahlen ist. Als Nacharbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens bei 25 % pro Stunde Aufschlag. Für Arbeiten am Sonntag und den gesetzlichen Feiertagen soll ebenfalls ein Aufschlag von 25 % gezahlt werden.

Tarifabschluss in Müllheim i. Baden. In Müllheim, Bezirk der Zahlstelle Freiburg i. W., ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 1. Mai 1913 Gültigkeit hat. Der Stundenlohn ist auf 48 % festgesetzt, vom 1. Mai 1912 ab auf 50 %, bei zehnstündiger Arbeitszeit.

Lohnbewegung und Vertragsabschluss in Idstein im Taunus. Schon lange war es der Wunsch der wenigen in der Gegend von Idstein organisierten Kameraden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas zu verbessern, wurde doch bei elfstündiger Arbeitszeit nur ein Tagelohn von M. 3,50 bis M. 3,80 gezahlt. Vergütung bei Ueberlandarbeiten und für Ueberstunden sowie sonstige geregelte Verhältnisse waren zum großen Teil unbekannt. Leider war die übergroße Mehrzahl der Kameraden für die Organisation nicht zu haben. Endlich gelang es, Anfang Juni die Kameraden bis auf den letzten Mann für den Verband zu gewinnen, und da die Konjunktur äußerst günstig war, wurden zunächst an drei Meister in Idstein und Umgegend Forderungen eingereicht. Die hauptsächlich in Betracht kommende Firma lehnte aber ein Ent-

gegenkommen ab und auch mündliche Verhandlungen durch den Gauleiter führten zu keinem annehmbaren Zugeständnis. Ein Angebot des Wörsdorfer Zimmermeisters, 38 1/2 Stundenlohn zu gewähren, wurde vorläufig angenommen und bei den beiden späteren Firmen dann die Arbeit eingestellt. Zwei Kameraden, die bereits 30 Jahre in einem Geschäft tätig waren, schlossen sich ebenfalls an. Angesichts solcher Einmütigkeit und auch, weil einige ledige Kameraden gleich abreisten, kam nach nur vierstündigem Ausstand ein Tarifvertrag zustande, der die Einführung des Stundenlohnes vorseh und für später die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden festsetzt. Die Lohnerhöhung beträgt sofort täglich 60 %. In einer Versammlung am 23. Juni stimmten die Zimmerer den Abmachungen zu, die bis zum 31. Dezember 1913 gelten. Aller Wünsche Erfüllung konnte leider nicht erreicht werden; dafür haben die Zimmerer mit ihrem Beitritt zum Verbandsverband zu lange gesäumt. Der Anfang ist aber gemacht, und wenn die Kameraden einig bleiben, dann wird es auch künftig gelingen, noch manche Verbesserung ihrer Verhältnisse zu erreichen. Die Kameraden wurden als Bezirk mit 17 Mitgliedern der Zahlstelle Frankfurt a. M. angegliedert.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. Am 13. und 14. Juli tagten zwei außerordentliche Mitgliederversammlungen, die erste im Gewerkschaftshaus, die andere in Steglitz im „Wirkenswäldchen“. Beide Versammlungen waren sehr zahlreich besucht. In beiden Versammlungen sprach Kamerad Bringmann aus Hamburg über das Thema: „Der wirtschaftliche Aufstieg der Arbeiter und der Tarifvertrag.“ Redner führte aus: Unser Thema soll nicht von den Lebensfragen unserer Organisation ab-, sondern hineinführen. Dabei dürfen wir vor allem die Augen nicht schließen vor der wichtigsten Erscheinung: vor dem Rückgang unserer Mitgliederzahl in Berlin. Wir zählten in Berlin im Jahresdurchschnitt 1906: 4647 Mitglieder, 1907: 3722 Mitglieder, 1908: 3339 Mitglieder, 1909: 3458 Mitglieder, 1910: 3224 Mitglieder und im ersten Quartal 1911: 2495 Mitglieder. In der Zeit von 1906 bis 1911 ist die Zahlstelle Berlin also um 2152 Mitglieder zurückgegangen; nahezu um 50 pzt. Würden wir die Frage aufwerfen: Wie ist das gekommen? dann würden sicherlich viele verschiedene und sich widersprechende Antworten darauf erfolgen. Und der Wirrwarr würde noch größer werden, wenn wir alle jene ebenfalls befragen könnten, die uns den Rücken gekehrt haben. Man könnte sich allerdings auch nach der alten Methode über diesen Mitgliederrückgang hinwegsetzen und sagen: Es handle sich um die Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Krise. Der Mitgliederrückgang sei eine Folge der seit Jahren daniederliegenden Bautätigkeit. In der Tat trägt dieser Zustand recht viel zu dem Mitgliederrückgang bei, er reicht aber nicht aus, um die Erscheinung zu erklären. Vor allem stände eine solche Erklärung im krassen Widerspruch mit der Behauptung der „Einigkeit“, die vor einigen Wochen schrieb: In Berlin laufen etwa 3000 unorganisierte Zimmerer umher. Die ange deutete Erklärung wäre aber auch dann schon erschüttert, wenn es nur halb so viele oder noch weniger wären, als genanntes Blatt angibt. Es gibt eine andere, einwandfreiere Erklärung für den starken Mitgliederrückgang: In Berlin gibt es gar zu viele Zimmerer, die Klassenbewußtsein nicht besitzen und daher auch das Wesen der Gewerkschaftsbewegung nicht begriffen haben. Allerdings, es gibt in Berlin auch Leute, die behaupten, der Mitgliederrückgang sei die Folge des Klassenbewußtseins. Diese Behauptung finden wir ja oft in der „Einigkeit“ und in den Flugblättern der „Einigkeits“-Männer, die immer so tun, als hätten sie das Klassenbewußtsein der Arbeiter in Erbpacht. Zu dieser Behauptung paßt jedoch schlecht ihre erwähnte Behauptung, daß in Berlin 3000 unorganisierte Zimmerer herumlaufen. Und noch schlechter paßt zu ihren Behauptungen die Tatsache, daß sich die Syndikalisten ihre eigene Mitgliederzahl gar nicht zu nennen getrauen. Sie dürften im selben Verhältnis oder gar schlimmer zurückgegangen sein, als die Mitgliederzahl unserer Verbandszahlstelle. Nun steht ja fest, daß die aller Arbeiter-solidarität höhnisch sprechende Agitation der Syndikalisten in der Hauptsache den Mitgliederrückgang bewirkt hat. Diese Ergründung, über welche sich alle Ausbeuter freuen, wollen wir den „Einigkeits“-Männern nicht freitun machen. Immerhin, daß eine so durchsichtige und schätzbare Agitation, wie die der „Einigkeits“-Männer, eine solche Wirkung haben konnte, liegt doch einzig und allein daran, daß noch zu vielen Zimmerleuten in Berlin das Klassenbewußtsein fehlt. Hier wird eingesetzt werden müssen. Zwar ist der Zahlstellenvorstand bereits mit einer Anzahl recht guten Flugchriften, die in dieser Richtung zu wirken geeignet sind, vorangegangen. Aber es will doch scheinen, daß er bei seinem Vorgehen nicht so von den Mitgliedern unterstützt wird, wie das eigentlich sein müßte. Eine Flugchrift, und wäre sie auch noch so vortrefflich, erfüllt ihren Zweck eben nicht, wenn sie nicht an den Mann gebracht wird, den sie erfassen soll, und wenn dann im persönlichen Verkehr im Sinne der Flugchrift nicht nachgeholfen wird. Hierauf kommt geradezu alles an. Wenn der Zahlstellenvorstand bei seiner Agitation zur Stärkung der Verbandszahlstelle aber nicht die nötige Unterstützung findet, so läßt sich das kaum anders erklären, als durch die Annahme, daß auch in Mitgliederkreisen Unmut herrscht. Herrscht aber in Mitgliederkreisen Unmut, dann läßt er sich nur damit erklären, daß in den Mitgliederkreisen der Umschwung in den Voraussetzungen der Gewerkschaftsbewegung, der tatsächlich stattgefunden hat, entweder nicht bekannt ist oder nicht gehörig gewürdigt wird. Der Umschwung in den Voraussetzungen der Gewerkschaftsbewegung tritt aber gerade in Berlin drastisch zutage. Alle früheren Streiks in Berlin entwickelten erst während ihrer Dauer die Kraft der Organisation, und sie erreichten gewöhnlich in ihrem ersten Anlauf nicht ihr Ziel. Der wirtschaftliche Aufschwung mußte vollenden, was durch den ersten Anlauf nicht erreicht war. So war es schon bei dem allerersten Streik im Jahre 1869, auch bei dem Streik und der Aussperrung im Jahre 1872. Die Streiks in den Jahren 1883, 1886 und 1889 fanden zwar

überhaupt keinen richtigen Abschluß, die Streiks in den neunziger Jahren nahmen aber wieder den erwähnten Verlauf. Diese Bewegungen führten im Jahre 1899 zum Abschluß eines Tarifvertrages, der bis zum Jahre 1907 wiederholt erneuert wurde. Im Jahre 1907 fand dann wieder ein Kampf statt. Dieser Kampf war in Berlin der erste, der von vornherein organisiert geführt wurde, und zwar ist er geführt worden zwischen zwei organisierten Kampfparteien. Trotz alledem unterscheidet sich dieser Kampf mindestens in einer Hinsicht nicht von den früheren Streiks. Die Firmen erkannten einzeln unsere Forderungen an. Wir waren einem vollständigen Sieg sehr nahe. In der elften Streikwoche arbeiteten 5117 Zimmerer zu den neuen Bedingungen: achteinhalbstündige Arbeitszeit und 80 1/2 Stundenlohn. Wir zählten noch 274 Streikende, die Arbeitgeber etwa 500 Streikbrecher. So günstig war in Berlin noch kein Streik verlaufen. Allerdings, es war auch noch nie so andauernd und hart gekämpft worden. Gätten unsere verwandten Berufsgenossen in ihrer Masse ebenso fest gestanden wie die Zimmerer, dann war der Sieg errungen. In einer Schrift, in der sich der Vorstand des Arbeitgeberbundes mit dem Berliner Arbeitgeberbunde auseinandersetzt, wird ausgeführt: „Es wird von Kennern der Verhältnisse behauptet, daß Berlin am Ende des Streiks nahe davon war, zu kapitulieren, daß es einer äußersten Anstrengung der Führer bedurfte, um die wankenden Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte standhaft zu erhalten, und daß in jener kritischen Zeit das unerwartete, heißersehnte Heranschaffen von mehreren hundert Arbeitern aus Halle den Ausschlag für die Arbeiter gab, ihre Sache als verloren aufzugeben.“ Wir brauchen auf die Nützlichkeit des Vorstandes des Arbeitgeberbundes nichts zu geben. Seine 100 italienischen Streikbrecher aus Halle haben 1907 den Kampf in Berlin nicht entschieden. Ausschlaggebend waren die Verwicklungen bei den Berliner Mauern. Das wäre indessen gar nicht schlimm gewesen, denn man hatte das bei fast allen früheren Streiks in Berlin auch erlebt, und nicht nur bei den Mauern. In Betracht kam aber, daß der Kampf 1907 nicht in allen Beziehungen das Gepräge der früheren Kämpfe trug. Während die früheren siegreichen Kämpfe in Berlin immer am Anfang des wirtschaftlichen Aufstiegs stattgefunden hatten, setzte der Kampf 1907 bei dem Abflauen der Konjunktur ein. Als er abgebrochen wurde, stand eine schwere Krise vor der Tür. Noch nie hatte ein Kampf in Berlin am Schlusse ein so günstiges Resultat gezeitigt, als der Kampf im Jahre 1907. Wäre auch jetzt an Stelle der Krise eine Steigerung des wirtschaftlichen Aufstiegs eingetreten, dann wären im Jahre 1908 nicht nur die Forderungen von 1907 allgemein durchgeführt, sondern das Unternehmertum hätte sich noch zu größeren Zugeständnissen bequemen müssen. Aber nun entstand eine Situation, wie sie in Berlin noch nicht erlebt war. Die Arbeitsgelegenheit schrumpfte zusammen. Und der Verband der Baugeschäfte ging daran, nicht nur den Streikerfolg zu zunichte zu machen, sondern systematisch die alten Tariflöhne zu drücken. Von den Zimmerern wurde ja Widerstand geleistet, aber unsere verwandten Berufsgenossen brachten ihn nicht fertig. Schließlich wurden auch viele Zimmerer müde. Man kann sagen, im Frühjahr 1908 war in Berlin Mutlosigkeit Trumpf. Man könnte sagen: „Ja, an alle diese Sachen denkt ja in Berlin kein Mensch mehr.“ Darauf würde aber geantwortet werden müssen: „Das ist ja gerade die Ursache der gegenwärtigen Misere!“ Aus der Geschichte sollen wir lernen, und gerade in diesem Falle ist das sehr notwendig. Die Zeiten sind unüberbringlich dahin, wo man mit schwacher Organisation in eine Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten kann, um sie im Fortgange der Bewegung zu stärken. Solche Zeiten kommen auch für Berlin nicht wieder. Das muß allen Berliner Zimmerleuten klar gemacht werden, auch wenn sich die „Einigkeits“-Männer darüber heiser schreien oder sich die Finger krumm schreiben. Das Unternehmertum tritt organisiert auf, und seine Organisation wird voraussichtlich noch stärker. Nur gut organisiert können wir einem solchen Gegner gegenüber etwas ausrichten und emporkommen. Das ist eben der Umschwung in den Voraussetzungen der Gewerkschaftsbewegung! Wie sehr besonders der Verband der Baugeschäfte Berlins die historische Geschichte zu vermerken versteht, das rühmt ihm sogar der Reich des Arbeitgeberbundesvorstandes nach. In dessen schon erwähneter Schrift wird nämlich ausgeführt: „Weil der Berliner Verband es trotz seines Sieges (1907) nicht fertig gebracht hatte, zu einem Vertragsabschluß zu kommen, wonach er einzig und allein strebte, weil er ferner infolge des vertraglosen Zustandes fürchten mußte, beim geringsten Hin- und Her der Konjunktur aufzustiegen und mit Einzelsperrern oder Streiks überzogen zu werden, war er bei den Tarifverhandlungen des Jahres 1908 auf das eifrigste bemüht, seinen eigenen Vertrag zu allererst in Sicherheit zu bringen. Es war das Gefühl und die Ueberzeugung aller, die an den 1908er Verhandlungen mitgewirkt haben, einmal, daß das allergrößte Interesse am Gelingen der geplanten Maßregel, nämlich einen gemeinsamen Vertragsabschluß zustande zu bringen, gerade Berlin hatte, dann aber, daß Berlin unbedingt verlangte, in dieser Beziehung vom Bunde geschützt zu werden.“ In dem Verbands der Baugeschäfte Berlins herrscht aber auch Weiblich. Seine Broschüre über die Stellungnahme Berlins zum Tarifkampf im Jahre 1910 zeugt von großer diplomatischer, strategischer und taktischer Geschicklichkeit. In dieser Hinsicht ist der Verband der Baugeschäfte Berlins dem Arbeitgeberbunde weit überlegen. Ihm gegenüber kommen Bewegungen, wie sie früher in Berlin üblich waren, nicht auf. Mit dieser Tatsache müssen wir uns nicht nur abfinden, sondern wir müssen sie auch zur Basis unserer Tätigkeit nehmen. Unser Zentralverband hat das getan. Seine Generalversammlungen im Jahre 1909 sowie im Jahre 1911 haben sich auf den Boden dieser Tatsachen gestellt; sie haben eine entsprechende Tarifvertragspolitik sowohl als auch eine entsprechende Finanzierung des Verbandes beschlossen. Und diese Generalversammlungen haben Beschlüsse haben erfreulicherweise in den weitesten Verbandskreisen auch Verständnis gefunden. Die bedeutenden Beitragserhöhungen, welche unsere vorjährige außerordentliche Generalversammlung sowohl als auch die diesjährige

Generalversammlung beschlossen, haben nicht annähernd so starken Widerstand unter den Verbandsmitgliedern gefunden, wie früher Beitragserhöhungen um 5 1/2. Man sieht, das Klassenbewußtsein hat unter den Zimmerern Deutschlands mächtige Fortschritte gemacht, für die Zeitbedürfnisse ist großes Verständnis vorhanden. Wenn das in Berlin nicht der Fall ist, so kann man es nur lebhaft bedauern. Allein, es hilft nichts weiter, als auch in Berlin das notwendige Verständnis für die Zeitbedürfnisse zu fördern. Anders kommen wir nicht vorwärts. Das muß allen Zimmerern Berlins zum Bewußtsein gebracht werden. Der gegenwärtige Tarifvertrag, der, wie es scheint, unsern Kameraden nicht gefällt, läuft am 31. März 1913 ab. Was soll dann werden? Man darf nicht warten, bis der Tarifvertrag abgelassen ist, um eine Antwort auf diese Frage zu finden! Bleibt das Organisationsverhältnis so, wie es gegenwärtig ist, dann gibt es nur zwei Eventualitäten: Entweder der gegenwärtige Tarifvertrag, der unsere Kameraden nicht befriedigt, wird trotz seiner Unzulänglichkeit verlängert, oder es kommt gar keiner zustande. Denn es ist fraglich, ob es rätlich ist, als schwache Organisation, die kaum 50 pzt. der am Orte beschäftigten Zimmerer umfaßt, einen Tarifvertrag zu schließen. Kommt aber kein Tarifvertrag zustande, dann liegen die Dinge freieswegs so wie früher, dann herrscht zwar Handlungsfreiheit, aber die käme bei schwacher Arbeiterorganisation nur der festgefügt und gut geleiteten Unternehmerorganisation zugute: dem Verband der Baugeschäfte für Berlin und die Vororte. Unter viel schwierigeren Verhältnissen als es jemals in Berlin war, müßte dann in der tariffreien Zeit erst die Organisation auf eine respektable Höhe gebracht werden, bevor ein Schritt nach vorwärts getan werden könnte. Ja, es ist sehr die Frage, ob man unter solchen Verhältnissen überhaupt so viel Kraft organisieren kann, um das Bestehende gegen Verschlechterungen zu schützen. Auf alle Fälle müßten die Berliner Zimmerleute in ihrer Gesamtheit schmerzliches Lehrgeld bezahlen. Will man in einen solchen Zustand nicht hineintreiben, dann muß unverzüglich daran gegangen werden, die Organisation zu stärken. Jeder Fortschritt über die gegenwärtigen Tarifverträge hinaus hängt von der Kräftigung der Organisation ab! Als solche kann für Berlin nur unsere Verbandszahlstelle in Betracht kommen. Nur in einem starken Berufsverbande läßt sich eine solche Kraft entwickeln, mit welcher man den Arbeitgeberverbänden gegenüber treten kann. So liegen eben die Dinge. Mit einer schwachen Organisation lassen sich nicht einmal die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten und weitere Fortschritte lassen sich erst recht nicht erzielen. Große Schwierigkeiten sind zu überwinden, bevor wir jene Fortschritte in der Aufbesserung unserer wirtschaftlichen Lage machen, die notwendig und in Anbetracht der Produktionsverhältnisse des Baugewerbes auch möglich sind. Das organisierte Unternehmertum verfolgt die Absicht, die Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu verhindern. Dem Tarifvertrag, der uns bis 1907 ein Mittel war, System in die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bringen, wollen die Arbeitgeberverbände zu einer Fessel für die Gewerkschaften umgestalten. Die Bewegungen im Baugewerbe 1908 und 1910 spielten sich bereits unter diesem Zeichen ab. Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes rüsten mit aller Gewalt, um im Jahre 1913 das zu erreichen, was sie weder 1908 noch 1910 erreicht haben. In der Zukunft stehen uns größere Kämpfe bevor, als die hinter uns liegenden waren. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, daß sie nicht zum Ausbruch kommen. Entweder machen wir gar nichts, lassen uns alles von den Arbeitgeberverbänden bieten, und das wird niemand wollen, oder wir rüsten mit aller Kraft, so daß wir selbst dem größten Anprall widerstehen. Dann werden es sich die Arbeitgeberverbände erst noch einmal überlegen, ob sie es zum Kampfe kommen lassen. Die Generalversammlungen unseres Zentralverbandes haben sich für das letztere entschieden und daraus die Konsequenzen gezogen. Es liegt nun an den Zimmerern Berlins, daß sie das gleiche tun. Aufgabe unserer Berliner Verbandszahlstelle ist es, alle Zimmerer Berlins dahin zu bringen, und die Aufgabe jedes Verbandsmitgliedes muß es sein, in jeder Beziehung dabei zu helfen. Der Vortrag wurde in beiden Versammlungen mit großem Beifall aufgenommen. Dann folgte in beiden Versammlungen eine rege Diskussion, die bewies, daß die Anwesenden die Ausführungen des Redners verstanden hatten und beherzigten. Hoffentlich wird nun in den Bezirken und wo es sonst noch möglich ist, die angeregte Agitation lebhaft fortgesetzt.

Frankfurt a. M. (Situationsbericht.) Das Bild, welches die hiesige Zahlstelle im zweiten Quartal bietet, darf in mehr als einer Hinsicht als interessant und lehrreich bezeichnet werden. Wieder einmal wird die alte Ansicht über den Haufen gerannt, daß niedrige Beiträge Vorbedingung hoher Mitgliederzahlen sind. Sie trifft zum mindesten für einigermaßen erstarkte Organisationen längst nicht mehr zu. Durch die Entwicklung der Zahlstelle wird aber auch bewiesen, daß man durch entsprechende Aufklärung eine Opferwilligkeit der Mitglieder erreichen kann, die bisher kaum für möglich gehalten wurde. Unser Zentralverband hat auf seiner letzten Generalversammlung einen Schritt getan, der bei manchen Gewerkschaften schlimme Befürchtungen für den Mitgliederbestand auslöste, indem ein ganz erheblicher Extrazuschlag auf die Wochenbeiträge für die Jahre 1911 und 1912 beschloffen wurde. Trotz der geforderten erheblichen Opfer kann berichtet werden, daß die Mitgliederzahl keine nennenswerte Veränderung zeigt. Insbesondere ist die Zahl der neu eingetretenen Mitglieder als befriedigend zu bezeichnen. Zur Erläuterung der Beitragszahlen in der nachfolgenden Tabelle sei bemerkt, daß das Jahr 1907 für unsere Zahlstelle als Hochkonjunktur gilt, während 1908 die Krise uns sehr zu schaffen machte. Der Aufstieg der Beiträge wurde 1910 unterbrochen durch die große Bauarbeiteraussperrung. Inzwischen hat die Aufwärtsbewegung trotz der erheblich erhöhten Beiträge wieder kräftig eingesetzt. Das gleiche gilt auch von der Zahl der verkauften Beitragsmarken. Zum besseren Verständnis der entsprechenden Zahlen sei bemerkt, daß sich die Zahlstelle außer auf die Städte Frankfurt, Friedberg-Naumburg, Hanau, Höchst, Gomburg und Offenbach noch über zahlreiche Orte in diesem

Wannkreis erstreckt. In diesem Gebiete wurden 1908 bis 1910, entsprechend den gezahlten Stundenlöhnen, in der Mehrzahl Marken von 70 und 80 M wöchentlich, also solche der dritten und vierten Lohnklasse geklebt. Durch die Lohnsteigerungen rückten die meisten Orte ab 1. April d. J. in höhere Beitragsklassen, so Frankfurt aus der vierten Klasse in die höchste, die fünfte. Schon damit war eine Beitragserhöhung von 10 M verknüpft, die dann noch um den Zuschlag erhöht wurde. Für die in Frankfurt arbeitenden Mitglieder kam somit eine gesamte Beitragserhöhung von 45 M wöchentlich in Betracht. Unter diesem Gesichtspunkte sind die Zahlen über die verkauften Beitragsmarken zu betrachten, wenn sie recht gewürdigt werden sollen.

Markenverkauf im zweiten Quartal der letzten fünf Jahre.

	1907	1908	1909	1910	1911
Eintrittsmarken	134	57	200	62	99
Krankenmarken à 10 M	4	5	—	—	—
" " " " à 15 "	68	399	364	46	8
" " " " à 20 "	—	—	—	200	229
Beiträge à 45 "	514	32	—	—	—
" " " " à 50 "	—	706	601	792	412
" " " " à 55 "	1323	16	—	—	—
" " " " à 60 "	—	530	714	913	577
" " " " à 65 "	—	60	—	—	104
" " " " à 70 "	6249	4783	4424	5044	2131
" " " " à 75 "	6911	23	—	—	—
" " " " à 80 "	—	4938	5664	7040	2201
" " " " à 90 "	—	—	—	—	3258
" " " " à 95 "	—	—	—	—	1593
" " " " à 110 "	—	—	—	—	1294
" " " " à 125 "	—	—	—	—	3416
Summa	15069	11492	11767	14035	15223

Es sind also im zweiten Quartal d. J. 1188 Beiträge mehr gezahlt worden als im gleichen Quartal des Vorjahres und 154 Beiträge mehr als im Jahre der Hochkonjunktur 1907. Leider haben wir doch einige Zimmerer, die der hohen Beiträge wegen sahnenflüchtig wurden; wir wollen aber hoffen, daß auch diese im dritten Quartal wieder ihre Pflicht erfüllen und dazu beitragen, daß unser Zentralverband sein Vermögen auf 3 Millionen Mark, oder pro Mitglied M 60 bringt, um im Jahre 1913 gerüstet zu sein. Vergleichen wir nun noch den Markenverkauf der 80 Bezirkskassierer, so ergibt sich folgendes: 7 Kassierer haben in diesem Quartal genau soviel Marken umgesetzt wie im Vorjahre. 38 Kassierer haben mehr Marken umgesetzt, bei 10 Kassierern kann kein Vergleich gezogen werden wegen der Neuerteilung und bei 25 Kassierern ging der Markenumsatz etwas zurück. Obenan steht der Bezirk Enzheim, dort wurden 174 Marken weniger verkauft, dann folgt Wabenhäufen mit 92 Marken weniger, Neuenhain mit 77, Selbbergen mit 57, während alle andern Bezirke, etwa 10, bis 30 Marken weniger verkauft haben. Es müssen nunmehr alle Bezirkskassierer bestrebt sein, den Markenumsatz im dritten Quartal so zu steigern, daß bei dem Vergleich mit dem Vorjahr überall Verbesserungen berichtet werden können. Die Tabelle zeigt uns, daß, wenn wir zum Beispiel bei den 125er Marken mit 7 dividieren, 488 Mitglieder in Frankfurt ihre Beiträge voll geklebt haben. Diese Zahl ist allerdings noch erheblich höher, wenn wir die neu eingetretenen Mitglieder berechnen, mitunter auch einige Nestwöcher. Es kann behauptet werden, daß die Mehrzahl der Mitglieder ihre Pflicht erfüllt hat. Vorwärts zu neuen Erfolgen sei die Parole.

Halle a. d. S. Am 11. Juli tagte gleich nach Feierabend eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: „Die Klassengegenstände im Baugewerbe und das Jahr 1913“. Als Referent war Kamerad Bringmann aus Hamburg anwesend. Der Vorsitzende verwies auf die Verdienste des Kameraden Bringmann bei dem Zustandekommen der Zimmererbewegung in Halle und hieß ihn namens der Verbandszahlstelle willkommen. Der Referent verwies auf die Tagung des Gewerkschaftskongresses in Dresden. Selbiger habe eine Reihe von Angelegenheiten der Arbeiter erörtert, die von hohem Interesse seien, aber zu den allerwichtigsten Angelegenheiten der Gewerkschaften habe er keine Stellung genommen. Es handle sich um die Frage, ob und wie mit den Mitteln der Gewerkschaftsbewegung ein weiterer Aufstieg zu erzielen sei und um die Tarifverträge. Redner bedauere nicht, daß sich der Kongreß hiermit nicht befaßt habe, aber um so eingehender sollten wir uns damit beschäftigen. Früher seien die englischen Gewerkschaften immer als Vorbild der gesamten Gewerkschaftsbewegung der Welt hingestellt worden, auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung habe sie zum Beispiel genommen und sei dabei recht gut gefahren. Seit Jahren nun stagnieren jedoch die englischen Gewerkschaften; sollten sie weiter uns als Beispiel dienen, so nur als ein abschreckendes. Von treuen Arbeiterfreunden und eifrigen Parteigenossen sei in der „Neuen Zeit“ dargetan worden, daß die Lohnsteigerungen der bestorganisierten Arbeiter Englands in den letzten 15 Jahren nicht vermochten, die Steigerungen der Preise der wichtigsten Lebensmittel wettzumachen, während der Kapital- und Unternehmergewinn fortwährend schnelle Steigerungen erfare. Legten wir uns auf den Rücken und ließen wir uns von den Verhältnissen treiben, dann kämen wir sicher auch zu einem solchen Resultat. Davor müssen wir uns hüten. Tatsache sei, daß sich große Wandlungen in den Voraussetzungen der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Ständen wir bis vor wenigen Jahren einer unorganisierten, sich gegenseitig Konkurrenz machenden Unternehmungsklassen gegenüber, so haben wir jetzt mit Arbeitgeberverbänden zu rechnen, welche die Konkurrenz unter sich ausschließen, Preisstrebereien bemerkstelligen und den Arbeitern nicht nur gelegentlich gegenüberstehen, wenn sie Forderungen stellen, sondern eine bestimmte Politik verfolgen, um die Arbeiterchaft am wirtschaftlichen Aufstiege zu hindern. In England ist ihnen das gelungen, und in Deutschland sind die Arbeitgeberverbände am Werke, es ihren englischen

Klassengenossen nachzumachen; darüber sollten nirgends Zweifel bestehen. Der Lohn- und Arbeitstarif war uns seit jeher ein Mittel, nicht nur für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung zu erreichen, die Arbeitszeit einheitlich zu regeln, sondern auch ein Mittel, System in die Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen Lage unserer Berufsgenossen zu bringen. Die Arbeitgeberverbände versuchen nun aus den Tarifverträgen ein Mittel zu machen, das die Gewerkschaftsmacht festlegt und die Arbeiter am wirtschaftlichen Aufstiege hindert. Die Bewegungen im deutschen Baugewerbe in den Jahren 1908 und 1910 beweisen das in jeder Hinsicht. Die Arbeitgeberverbände möchten aus den Gewerkschaften Exekutivorgane ihres Scharfmachervillens machen, und wenn von den organisierten Arbeitern nicht ganz gehörig aufgepaßt wird, dann gelingt ihnen das. Die Vorgänge im Berliner Buchdruckgewerbe sind ein Symptom in dieser Richtung. Redner zeigte an vielen Beispielen, besonders an den Eingaben an das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe, wie gemeingefährlich die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe sind. Das alles könne uns natürlich nicht davon abbringen, brauchbare Lohn- und Arbeitstarife zu erstreben. Aber es müsse uns aufrütteln, um gegen die Vertragsabsicht der Arbeitgeberverbände Front zu machen, sie niederzukämpfen. Das wolle auch die von unserer Generalversammlung beschlossene Tarifpolitik und dazu sollen auch die von unserer Generalversammlung beschlossenen Beitragserhöhungen dienen. Sie seien zwar schwer aufzubringen, darüber sei niemand im Zweifel; sie seien aber unbedingt notwendig, die schweren Opfer müßten getragen werden, wenn wir nicht wollen, daß die Vertragsabsicht des Ausbeutertums siegt. Das Ausbeutertum im Baugewerbe ist mit seinem Kriegsplan für 1913 fertig. Im liegt die Absicht zugrunde, entweder die Vertragsabsicht der Arbeitgeberverbände durchzusetzen oder die baugewerblichen Gewerkschaften im Kampfe zu zertrümmern. Das könne dem Ausbeutertum nicht gelingen, wenn alle Kameraden auf dem Posten sind und bleiben. Die Aufklärung über die gegenwärtige Situation und über die schändlichen Absichten des Ausbeutertums müßte in die weitesten Arbeiterkreise getragen werden; jeder Verbandskamerad müsse dabei mitwirken. Außerdem müsse dafür gesorgt werden, daß möglichst jeder Zimmerer die von unserer Generalversammlung beschlossenen Beiträge leistet. Jeder heimse die Vorteile ein, welche unsere Bewegung erzungen, da sei es auch nur recht und billig, daß jeder die Opfer mit tragen hilft, die notwendig sind, um das Erreichte zu erhalten und zu mehren. Tue ein jeder seine Pflicht, dann werde die deutsche Zimmererbewegung weiter marschieren und alle Hindernisse überwinden, die dem beruflich-wirtschaftlichen Aufstiege der Zimmerer von ausgesprochenen Feinden und auch von falschen Freunden in den Weg gerollt werden. Unser Zentralverband zähle auf die halleischen Zimmerleute und Redner hoffe, daß sie ihren Mann stellen werden. Allgemeiner Beifall wurde diesen Ausführungen gezollt. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, damit jeder den guten Eindruck, den das Referat gemacht, mit nach Hause nehmen und weiter über das Gehörte nachdenken sollte. Die Versammlung versprach nichtsdestoweniger, die Beschlüsse der neunzehnten Generalversammlung durchzuführen. Für die ausgesperrten Steinseher wurde die Summe von M 100 bewilligt. Der Vorsitzende ersuchte in seinem

Hamburg und Umgegend. Am Freitag, 21. Juli, fand eine Zahlstellenversammlung bei Horn, Höhe Bleichen, statt. Am Unliebsamkeiten vorzubeugen, teilte der Vorsitzende mit, daß die Behauptung des Mitgliedes A. Göhren gegen den Kameraden R. Wolf (früher Kassierer im Bez. 7), daß dieser dem Verband noch Gelder schulde, in keiner Weise zutrefte, daß vielmehr Wolf seinen Posten als Bezirkskassierer vollständig einwandfrei geführt habe. Ferner sollen in den kommenden Bezirkssammlungen die Vorschläge zur Wahl der drei Beisitzer im Vorstand vorgenommen werden. Auf dem Neubau der Wäderei der „Produktion“ in der Gegestraße haben 45 Zimmerer und 90 Betonarbeiter die Arbeit eingestellt, weil sie mit unorganisierten Polierern resp. mit Polierern, die dem Polierverein angehören, nicht weiter zusammenarbeiten wollten. Bisher war in den Baukontrakten der „Produktion“ mit den Unternehmern vorgeesehen, daß nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Mit der Firma Kofel ist aber vereinbart, daß „möglichst hiesige Arbeiter“ beschäftigt werden sollen. Die erste Bestimmung fehlt gänzlich. Die Verhandlungen mit der Bauleitung waren ohne Erfolg, da Genosse Lehne, der Bauleiter der „Produktion“, nicht das geringste entgegenkommen zeigte, sondern die Arbeiter, deren Vertrauensleute und die Vorstandsvertreter, welche zwecks Regelung der Differenzen am Bau vorstellig waren, beleidigte. Die Versammlung nahm mit großer Entrüstung von diesen Dingen Kenntnis und beschloß, die weitere Regelung dieser Angelegenheit dem Vorstand zu überlassen. Beim Punkt „Regulativberatung“ wurden folgende Anträge angenommen. Zur Geschäftsabweisung der Bezirkskassierer: „Mitglieder, welche ein Jahr der Zahlstelle Hamburg und Umgegend angehört haben, dann zum Militär kommen, sich regelrecht abmelden, nach ihrer Entlassung sich wieder regelrecht anmelden und ihre Pflichten der Zahlstelle gegenüber voll und ganz erfüllt haben, treten in ihre alten lokalen Rechte wieder ein.“ Zum Regulativ für Bau- und Platzdeputierte: „Beim An- und Abmelden der Deputierten ist es ratsam, wenn dies per Postkarte geschieht.“ Und der Antrag: „Falls Deputierte oder deren Vertreter wegen wichtiger Organisationsangelegenheiten und Lohn- und Arbeitsbedingungen im Bureau erscheinen müssen, so wird denselben das herausgabte Jahrgeld vergütet.“ Hiermit war die Regulativarbeit beendet. Die Oblieute werden nochmals erucht, die Adressen der Bezirkslokale und die Daten der Zusammenkünfte dem Vorstand schnellstens mitzuteilen, damit das Regulativ in Druck gegeben und den Mitgliedern so schnell wie möglich zugestellt werden kann. Unter „Verschiedenes“ rügte Kamerad R. Koops, daß eine Klage wegen Lohnforderung, die Rechtsanwalt Dr. Herz seit zehn Wochen in Händen habe, keinen Fortgang nehme. Nun haben die betreffenden Kameraden einen andern Anwalt mit ihrer Sache betraut. Behmann

stellte richtig, daß vergangene Woche Dr. Herz Mitteilung machte, daß besagte Klage beim Amtsgericht anhängig gemacht worden sei. Zahnle aber verlangte, daß Dr. Herz die Vertretung der Klage abgenommen werde. Von der Mitteilung, daß die Klage beim Gericht anhängig gemacht sei, erhielt auch Zahnle Kenntnis. Trotzdem bestand letzterer darauf, daß die Klage Dr. Herz abgenommen werde. Da dieses das gute Recht der Mitglieder ist, so konnte der Vorstand dem nicht widersprechen. Aber mit demselben Augenblick haben die Mitglieder ihren Anspruch auf Rechtsschutz verwirkt. Mindestens müßte der Rechtsschutz aufs neue beim Hauptvorstand beantragt werden. Hierauf Schluß der Versammlung 11½ Uhr. Von 128 Zahlstellenfunktionären waren 85 anwesend. Unentschuldig fehlten: Christensen, Büsen, Krache, Gerbers, Kieffallen, Scharfberg, Mahnte, Pagel, Strebel, Wolfänger, Saße, Heesch, Massand, Cordts, Thiele, Ellerbrock, Rod, Ehlers, Gachmann, Schröter, Semmelhard, Ebhardt, Schildt, Weilandt, Michaels, Möller, Lübbe, Bremer, Lemke und Corbs.

Miesbach. Sinaus mit den Freiorganisierten! Dies scheint die Lösung der Zimmermeister zu sein, wie in einer Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle bestätigt wurde. Seit der Bauarbeiterausperrung müssen die meisten der früher hier beschäftigten Zimmerer hauptsächlich in München Arbeit nehmen, während man hier unorganisierte billigere Arbeitskräfte einstellt. Freilich, wenn alle Zimmerer sich mit einer Hundepetische während der Aussperrung den Rücken hätten verhauen lassen und jetzt ihr Recht nicht verlangen würden, sondern die Zimmermeister nach ihrem Ermessen schalten und walten ließen, wenn sie ferner die so oft umgangenen geschlichen Bestimmungen über Arbeiterschutz den Meistern nicht vorhalten würden, dann hätten diese nicht nötig, in allen Lokalblättern der Umgebung zu inserieren: Fremde Zimmerleute bei hohen Löhnen gesucht! Welche Bewandnis es mit der dauernden Beschäftigung und mit den hohen Löhnen hat, davon wissen ja einige der Getaperten ein Lied zu singen, denn sie verzichteten auf die ihnen von den Zimmermeistern, besonders in einer bekannten Werkstätte, angebotene Arbeit und schüttelten den Miesbacher Staub schon nach zweitägigem Aufenthalt wieder von ihren Füßen. Mag auch andern Zimmerleuten dies eine Warnung sein. Mögen sie auf die versprochenen Annehmlichkeiten verzichten, denn nur zu bald müssen sie erfahren, daß es mit dem Halten der Versprechungen gute Weile hat. Sie würden auch nur vielen ihrer Kameraden in den Rücken fallen, die hier noch in Arbeit stehenden schwer schädigen und diese und sich selbst mehr und mehr der Willkür der prozigen Zimmermeister ausliefern.

Raunburg. Am 6. Juli tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe und seine Tätigkeit. 2. Abrechnung vom zweiten Quartal. 3. Verbandsangelegenheiten. Trotz der besonderen Agitation seitens des Vorstandes und des lehrreichen Vortrages war die Versammlung nur mäßig besucht. Obwohl zu dieser Jahreszeit die auswärtigen Kameraden nach Arbeitsluß noch manches zu verrichten haben, hätte die Versammlung doch besser besucht sein müssen, da sie den Kameraden zeitig genug bekannt war. Diese Worte mögen den Kameraden eine Ermahnung sein; denn nur in unsern Versammlungen können wir die Waffen schmieden, die uns gefeit machen gegen alle Angriffe, von wo sie auch kommen. Zum ersten Punkt hatte unser Zentralvoritzender, Kamerad Schrader, das Referat übernommen. Er streifte noch einmal kurz die Aussperrung mit ihren Folgen, das Eingreifen der Unparteiischen und die Bildung der Schiedsinstanzen: Schlichtungskommissionen, Einigungsamt und Zentralschiedsgericht. Weiter kennzeichnete er, wie die Unternehmer auch in diesen Instanzen ihre Bestrebungen durchzusetzen versuchen. So vor allem in bezug auf ihre Arbeitsnachweise. Aber eine Entscheidung des Zentralschiedsgerichts habe sie dahin befehrt, daß selbige außerhalb des Tarifvertrages stehen. Auch bezüglich der Affordarbeit sei ein Entschaid gefällt, wonach dort, wo keine Affordarbeit üblich, die örtlichen Organisationen nicht gezwungen werden könnten, sie in den Vertrag aufzunehmen. Redner wies darauf hin, daß die Unternehmer ihre Absicht, uns zu unterdrücken, noch nicht aufgegeben hätten. Ein jeder Kamerad müsse sich zum Prinzip machen, die uns noch fernstehenden Kameraden zu gewinnen, damit den Unternehmern gezeigt werden könne, daß sie nicht Schindluder mit uns treiben könnten. — Wir können wohl sagen, daß alle Kameraden mit den Ausführungen unseres Redners einverstanden waren. Nur eins hätten wir gern gesehen, daß unser Gast, Kamerad Schrader, etwas länger geblieben wäre. Zum zweiten Punkt erklärten die Revisoren die Abrechnung für richtig, nur wurde beanstandet, daß unser Kartelldelegierter als Mitglied des Festkomitees beim Gewerkschaftsfest sich diese Sitzungen aus unserer Gewerkschaftsstufe hat auszahlen lassen. Er wurde dahin belehrt, daß dies seine Richtigkeit nicht habe; er erklärte sich daher bereit, das Geld wieder zurückzuzahlen. Zum dritten Punkt ist besonders zu erwähnen, daß eine dreigliedrige Schlichtungskommission gewählt wurde. Die daran beteiligten Kameraden wurden vom Vorsitzenden ermahnt, bei eventuell eintretenden Fällen ihre Schuldigkeit zu tun. Nachdem sich unsere Versammlung schon stark gelichtet hatte, trat um 9½ Uhr Schluß ein. Auch das ist kein schöner Zug, wenn durch langwierige Debatten, die mit wenig Worten abgetan werden könnten, einzelne Kameraden die Anwesenden geradezu aus den Versammlungen herausstreiben. Der Egoismus muß schwinden; ein jeder muß das allgemeine Interesse im Auge haben.

Wda. In einem hiesigen Zimmergeschäft nimmt es der Meister mit dem Leben der Invalidenmarken nicht so genau, wie es sein sollte. Diese Wahrnehmung machte ein Geselle, welcher die Arbeit niederlegte. Ihm waren die Beiträge für die erste Klasse in Abzug gebracht, während die Marken der zweiten Klasse geklebt waren. Ebenso erging es einem in diesem Betriebe erkrankten Junggesellen. Während diesem die Krankentassenbeiträge der zweiten Klasse abgezogen wurden, erhielt er während seiner Krankheit das Krankengeld dritter Klasse. Höchstwahrscheinlich baut der Meister auf die Unkenntnis seiner Gesellen in diesen Angelegenheiten, um dadurch die Lohnsteigerung wieder herauszumirtschaften. Hoffentlich ge-

mügen diese Zeilen, daß dem Meister von Seiten der Behörde etwas mehr auf die Finger gesehen wird, um derlei Fälle für späterhin zu verhüten. Von den dort beschäftigten Gesellen sollte man annehmen, daß sie so weit aufgeklärt wären, um der feinen Politik ein Ende zu bereiten. Für die noch unorganisierten Gesellen in diesem Geschäft sollte vorstehendes genügend Grund sein, sich schnellstens dem Verband der Zimmerer anzuschließen, zumal schon der große Teil dem Verbands angehört.

Sterbetafel.

Brandenburg a. d. Havel. Am 19. Juli starb unser Mitglied R. Dalies im Alter von 41 Jahren.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Bei den Neubauten der Firma Dumeril in Althann in Elb. fiel aus einer Höhe von 15 m ein Mauerstein über das Gerüst und traf einen untenstehenden Maurer so unglücklich auf den Kopf, daß er zusammenbrach und mit einem schweren Schädelbruch vom Platze gebracht wurde. — Bei dem Hofbesitzer Pienig in Herzhorn in Holstein war der Dachdecker Zanke aus Hamburg beschäftigt, er stürzte ab und wurde besinnungslos in das Krankenhaus zu Glücksburg geschafft. — Vom Neubau des Stadttheaters in Götting stürzte der Klempner Alfred Schulz aus bedeutender Höhe ab, er erlitt so schwere Verletzungen, daß er vermittels Krankenwagens fortgeschafft werden mußte. — Beim Aufstellen eines Gerüsts zu einem Turm in Langförden stürzte ein Zimmermann aus einer Höhe von etwa 100 m ab und war sofort eine Leiche. — Von dem Dache des Güterschuppens auf dem Schleifischen Bahnhof in Berlin stürzte der Dachdecker Paul Graf ab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, eine Gehirnerschütterung und einen Armbruch, so daß er in einem bedenklichen Zustande von der Unglücksstelle fortgeschafft werden mußte. — In Niederrad bei Frankfurt a. Main war ein Weißbinder in der vierten Etage eines Neubaus beschäftigt. Er wollte vom Gerüst auf eine Veranda steigen, stürzte aber dabei ab und fiel in den zementierten Hof, wo er bewußtlos liegen blieb. — In Danzig stürzte der Maurer Zielinski aus Schiedlich aus der ersten Etage eines Neubaus ab und trug so schwere Verletzungen davon, daß er in das Stadtlazarett gebracht werden mußte. — In Sattthurm in Bayern stürzte der Zimmermann Habelsberger von dem Neubau des Krankenhauses ab und erlitt schwere Rippenbrüche. — Bei dem Neubau eines Güterbahnhofes in Freienwalde stürzte der Zimmerlehrling Seefeld vom Gerüst ab und erlitt schwere Knochenbrüche. — Von einem Neubau in Kirn stürzte der Dachdecker Neu vom Dache ab und wurde in hoffnungslosem Zustande von der Unglücksstelle fortgeschafft. — Bei einem Neubau in Mühlheim-Nuhr stürzte ein Maurerarbeitersmann rücklings von der Leiter und zog sich schwere Knochenbrüche zu. — Von einem Neubau in Isferloh stürzten die Zimmerleute Hermann Krause und Robert Göte ab und erlitten schwere Verletzungen. — Am Museumsbau in Grauden waren Schlosser und Maurer damit beschäftigt, einen Eisenträger aufzubringen. Der Träger stürzte plötzlich in das Innere des Baues und auch die mit seiner Aufbringung beschäftigten Leute stürzten ab. Sie alle wurden dabei schwer verletzt. — In Düngling in Baiern sind beim Abbruch eines Hauses fünf Arbeiter verschüttet. Drei wurden als Leichen unter den Trümmern hervorgezogen, zwei schwer verletzt. — Bei den Neubauten der Kolonie „Heide“ in Kellinghausen stürzte beim Nichten des Dachstuhls die auf Stützen stehende Rehlbalkenlage dadurch bis auf die nächste Etage, daß man versuchte, die Rehlbalkenlage beim Annageln des Gratparrens ins Mittel zu schieben. Ein Kamerad fiel herab und erlitt außer Hautabschürfungen eine Beinquetschung. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, andererseits auch der Geistesgegenwart unserer Kameraden, die sich durch Springen sicherten, daß kein größeres Unglück passierte. Die Zimmerarbeit wird ausgeführt von der Firma Kortebusch & Ritterswürden.

Eine Bauteilkontrolle in Wilhelmsburg, die am 11. Juli vorgenommen wurde, hat mancherlei Mißstände zutage gefördert. Die Aborte und die Abdeckung waren nicht immer in vorschriftsmäßigem Zustande. Das gleiche ist von den Gerüsten zu sagen. An den Treppen fehlten vielfach die Geländer, wie auf einzelnen Bauteilen die Schutzdächer recht dürftig waren. Die Mißstände wurden durch den Kontrolleur dem Polier resp. der Bauleitung unterbreitet, und es wurde auch Abhilfe zugesagt. Es dürfte sich empfehlen, daß fortan die baugewerblichen Arbeiter sich etwas mehr des Bauarbeiterschutzes annehmen, auch in ihren Versammlungen und Zusammenkünften sich öfters damit befassen. Für den nötigen Schutz muß jedoch bei Beginn des Baues gesorgt werden; ist der Bau erst seiner Vollendung nahe, dann lohnt es sich nicht mehr. Von den Unternehmern ist auf diesem Gebiete nur ein Entgegenkommen zu erwarten, wenn die Arbeiter auf der Hut sind und energisch für die Erfüllung der baupolizeilichen und der Unfallverhütungsvorschriften eintreten. Hoffentlich geschieht das in Zukunft auch in Wilhelmsburg.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Aus Wilhelmshaven berichtet die bürgerliche Presse unterm 21. Juli: „Seit etwa einer Woche ist der Geschäftsführer Jaworski des Wilhelmshavener Arbeitgeberverbandes verschwunden. Man nimmt an, daß er Untersuchungen begangen hat, da M. 5000 Fehlbetrag in der Kasse festgestellt worden sind.“

Literarisches.

Der große Kampf im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910 hat bereits in einer hübschen Anzahl von Schriften, in Artikeln in Zeitschriften und Zeitungen eingehende Besprechungen gefunden. Das alles zusammen genommen ist natürlich noch keine Geschichte dieses Kampfes.

Solche Vorkommnisse haben, wie alle bedeutenden Vorgänge im öffentlichen Leben, eine öffentliche oder richtiger eine in der Öffentlichkeit in Erscheinung tretende Seite und eine mehr intime, die sich in Beratungszimmern, im engen Kreise der Diplomatie usw. abspielt. Solange diese Seite solcher Vorkommnisse, die in der Regel die allerwichtigste zu sein pflegt, nicht bekannt ist, muß auch die Geschichte unvollständig bleiben, und oft genug führt sie in die Irre, weil eben die Triebfedern, welche die Vorkommnisse in der Öffentlichkeit zeitigen oder doch wesentlich ihre Erscheinungsform bestimmen, nicht gewürdigt werden können.

Die intime Seite des in Frage stehenden Kampfes kann natürlich nur von den an den Leitungen der kämpfenden unmittelbar Beteiligten dargestellt werden, wenn nicht durch glückliche Zufälle Nachricht darüber in die Öffentlichkeit dringt, wie es in diesem Falle dem Arbeitgeberbunde gegangen ist, dessen Geheimnisse so ziemlich alle bekannt geworden sind. Von Arbeiterseite steht eine solche Darstellung noch aus.

Nun ist im Auftrage des Bauarbeiterverbandsvorstandes ein dicker Buch unter obigem Titel erschienen und von August Winnig gezeichnet (der bei keiner wichtigen Stellungnahme zugegen war und deshalb natürlich alle Einzelheiten am besten kennt). Das Buch hätte in seinen 288 Seiten Raum genug gehabt, auch die intime Seite des Kampfes oder doch der Kampfführung darzustellen; aber es bringt davon nichts. Es wird zwar im Vorwort zu dem Buche ausgeführt: „Ging man aber einmal daran, die Geschichte dieses denkwürdigen Kampfes zu schreiben, so durfte man sich nicht auf seinen äußeren Verlauf, nicht auf eine bloße Aufzählung der tatsächlichen Geschehnisse beschränken, sondern dann mußte man tiefer greifen.“ Allein das ist nur eine irreführende Titeltete, wenn man in dem Buche das sucht, was zur Beurteilung des Kampfes noch fehlt; Das „tiefer greifen“ hat einen ganz anderen Sinn. Der große Umfang des in Frage stehenden Buches ist erzielt durch Reflexionen, die, losgelöst von den Tatsachen, lediglich in Menschenköpfen entstanden sind, und dann wird der Zimmererverband auf breitem Raume vermobelt, worauf es bei der ganzen Arbeit wohl abgesehen war. Im Vorwort zu genanntem Preßerzeugnis wird ausgeführt:

„Das Buch konnte auch nicht verabschiedet werden, ohne des Konfliktes zu gedenken, der nach dem Abschluß des Kampfes zwischen den Organisationen der Maurer und Bauhilfsarbeiter einerseits und dem Verbands der Zimmerer andererseits entstand und sich in sehr heftigen Preßpolemiken entlud. Allerdings kam es nicht darauf an, die persönlichen Angriffe zu entkräften, die die Vorstände der Maurer und Bauhilfsarbeiter durch das Organ der Zimmerer erfuhren; die hatten sich durch ihre eigene Maßlosigkeit erledigt; aber darauf kam es an, die irrtümliche Auffassung zu zerstören, als beständen zwischen den genannten Organisationen Meinungsunterschiede hinsichtlich des praktischen Verhaltens bei den Kämpfen mit den Unternehmern. Das ist um so notwendiger, je mehr von einer besonderen „Tarippolitik des Zimmererverbandes“ geredet und geschrieben wird. Hiermit wird der Anschein erweckt, als hätten die Vorstände der Maurer und Bauhilfsarbeiter zum Schaden ihrer Mitglieder dem Arbeitgeberbunde ein Entgegenkommen erwiesen, zu dem der Zimmererverband aus sich nicht bereit gewesen sei; und als hätte sich der Zimmererverband nur darum mit der gegenwärtigen Regelung des Tarifvertragswesens abgefunden, weil er sich den andern an der Bewegung beteiligten Verbänden, als der Mehrheit, hätte fügen müssen. Wir haben ein sehr begreifliches Interesse daran, daß solche Irrtümer beseitigt werden, und diese Schrift bot die passende Gelegenheit dazu. Der Verfasser hat sich darauf beschränkt, die Praxis sprechen zu lassen; er verzichtete darauf, die mannigfachen Expektorationen kritisch zu betrachten, sondern stellte sie einfach der Praxis des Zimmererverbandes gegenüber. Der Nachweis, daß diese Praxis durch die ganzen Verhältnisse bedingt war, zeigt zugleich, daß jene Kundgebungen nicht dazu berufen sein können, der baugewerblichen Arbeiterschaft neue Wege für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu weisen.“

Das ist derselbe überhebende Ton und dieselbe, keineswegs einwandfreie Darstellungsweise, womit der Zimmererverband seit vielen Jahren aus der Zentralstelle des Maurerverbandes heraus behandelt wird, eine Methode, die früher auch gegen die Bauhilfsarbeiter in Übung war, als sie noch Selbständigkeit besaßen. Und in dem Buche selbst wird in der Tat in diesem Sinne noch viel tiefer ge-griffen.

Eine Auseinandersetzung mit diesen Anwürfen im einzelnen müssen wir uns versagen; denn das würde nur jenen nützen, welche die Absicht haben, die Aufmerksamkeit der deutschen Bauleute von den großen Aufgaben, vor welchen sie stehen, abzulenken. Soll eine Auseinandersetzung erfolgen, dann müßte die intime Seite des großen Kampfes im Vorjahre zur Darstellung kommen und dabei müßten Sachen erwähnt werden, für deren literarische Verwertung wir die Verantwortung nicht übernehmen. Dazu ist die Stellungnahme der Zentralinstanzen unseres Verbandes und eventuell die Stellungnahme unserer Generalversammlung erforderlich. Vorerhand müssen wir jedoch unserer Pflicht genügen und sagen, daß das in Frage stehende Buch des Bauarbeiterverbandsvorstandes nicht nur nichts zur Klarstellung des großen Kampfes im Jahre 1910 beiträgt, sondern geeignet ist, über die wichtigsten Einzelheiten des Kampfes irreführend.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 42. Heft des 29. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das päpstliche Motu proprio. — Die albanische Frage. Von Hermann Wendel. — Ethische und naturrechtliche Begründungen des Sozialismus. Von M. Beer. (Schluß.) — Ein verfehlter Ratsschlag. Von Robert Grimm. — Die Landarbeiterbewegung in Ungarn. Von Alexander Gyzmadia. (Schluß.) — Literarische Rundschau: Der Deutsche Arbeiterfängerbund. Von ew. Dr. Theodor Lessing, Privatdozent der Philosophie in Hannover, Weib — Frau — Dame. Von Therese Schlesinger. — Zeitschriftenchau. Von G. St.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 s. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Das Winterprogramm des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei ist soeben erschienen und an die örtlichen Bildungsausschüsse verschickt worden. Bildungsausschüsse und andere Interessenten, die es nicht erhalten haben, sind in der Adressentafel des Zentral-Bildungsausschusses nicht enthalten. Auf Wunsch wird ihnen das Winterprogramm von der Geschäftsstelle Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zugestellt.

Eine Gedenschrift an die Reichsratswahlen. Zur Erinnerung an die Reichsratswahlen der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich am 13. und 20. Juni ist im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung von Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, eine Gedenschrift erschienen, die gegen Einsendung von 25 s in Briefmarken zu beziehen ist.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalverbände resp. Vertrauensmänner bei.

Bekanntmachungen

der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (E. S. Nr. 2 in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et. Postadresse: Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Hamburg 22.

Vom 3. Juni bis 1. Juli 1911 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Ahrensböck M. 63,80, Altbamm 70, Altenburg 200, Altglienicke 200, Alt-Gloßow 94,65, Arensdorf 70, Arnstadt 100, Augsburg 100, Bergedorf 200, Berlin III 600, Berlin IV 300, Berlin V 500, Berlin VI 200, Berlin VII 500, Berlin VIII 300, Birkenwerder 220, Blankenburg 30, Bornstedt 400, Brandenburg 100, Breslau 500, Briesen 80, Brühl 115, Brunsbüttel 50, Brunsbüttel 98,59, Burg 300, Calben 140, Cammer 90, Cammin 40, Cassel 250, Celle 200, Charlottenburg 600, Chemnitz 140, Cöln 280, Cöpenick 450, Danzig 150, Deutsch-Lissa 100, Doberan 100, Dödenhuben 360, Dresden I 100, Dresden II 150, Dresden III 100, Duisburg 125, Düsseldorf 350, Ebsdorf 100, Emmendingen 79,18, Feuerbach 92,68, Flensburg 200, Friedrichshagen 100, Fürstengrund 90, Genschmar 60, Gera 100, Götlich 100, Göttingen 100, Groß-Garthau 50, Groß-Lichterfelde 200, Groß-Neuendorf 100, Gifflrow 100, Gurgagen 60, Hagen i. Pom. 100, Halle 800, Hamburg 655,74, Hamburg = Barmbeck I 250, Hamburg = Barmbeck II 400, Hamburg = Eimsbüttel 300, Hamburg = Fuhsbüttel 480, Hammer 70, Hermannsburg 140, Hildebrand 50, Hirschberg 450, Hundsfeld 50, Jüterbog 140, Karlsruhe 50, Klein-Gaarden 160, Klein-Glienicke 150, Königsluisen 100, Langenbielau 130, Langendiebach 200, Langensfeld 130, Lebnitz 176,49, Leipzig II 200, Leipzig III 100, Siegnitz 41,25, Lübeck 400, Lützenwalde 100, Ludwigshafen 63, Magdeburg 200, Mainz 70, Markßfel 130, Meiningen 200, Mültitz 156,29, Müllheim a. Rh. 50, Müllheim i. B. 70, Naumburg 58,81, Neu-Ansbach 130, Neufloster 70, Neumünster 200, Nowawes 90, Offenbach 40, Pantow 250, Penzig 100, Pieschhausen 20, Preetz 60, Pringlaff 36,28, Regensburg 59,68, Reichenhall 30, Reinfeld 100, Rendsburg 28,50, Rhäsa 144,29, Rixdorf 400, Rothemühl 76, Rudolstadt 90, Saunter 90,27, Semb 79, Schwariau 140, Schweinfurt 93,14, Schwerin i. M. 200, Spandau 200, Steglitz 450, Steinbeck 160, Stettin 400, Stolp 75, Storfow 145, Straßund 150, Stuttgart 150, Sulingen 35, Swinemünde 100, Tegel 300, Templin 100, Teflin 60, Tilsit 60, Untertürkheim 170, Velten 160, Wandlitz 160, Wankendorf 28,88, Webel 158,42, Weimar 90, Weinböhla 70, Wiesbaden 60, Wilmersdorf 243, Winjen 100, Worbis 10, Worms 54,83, Würzburg 100, Zeig 150. Summa M. 28617,77.

Zuschuß erhielten vom 3. Juni bis 1. Juli die örtlichen Verwaltungen: Altenbergs M. 100, Berlin IV 800, Bochum 400, Böckingen 100, Boizenburg 40, Bonn 30, Bries 80, Cassel 183,93, Fetschenberg 100, Frankenthal 100, Frankfurt a. M. 50, Groß-Zimmern 150, Hamburg 236, Hamburg-Barmbeck II 146,45, Hamburg = Eimsbüttel 15,45, Hamburg = Eppendorf 270,50, Hamburg = Fuhsbüttel 50, Hausberge 50, Karlsruhe 80, Leipzig I 150, Mannheim 150, Meissen 100, Mellnau 220, Metz 50, Mühlhausen 80, Ober-Schönweide 120, Pritz 100, Rimbart 125, Rostock 100, Saarbrücken 100, Schönebeck 150, Leterow 100, Wegebeck 50, Wandßbeck 15,80, Warin 80, Worms 30. Summa M. 4703,13.

Achtung, Kassierer!

Mit Anfang dieses Monats ist unser Bureau von der Dehnhäide 17 nach der Hamburger Straße 131, 2. Etage, verlegt worden. Alles noch vorhandene Material mit der früheren Adresse ist, da unser neues Bureau ebenfalls im Postbezirk 22 belegen, weiter zu verwenden.

Gleichzeitig wird nochmals auf den nachfolgenden, im Mai 1910 mit der Kranken- und Sterbekasse des

Schweizerischen Zimmerleute-Verbandes abgeschlossenen Kartellvertrag hingewiesen:

Zwischen der Kranken- und Sterbekasse des Schweizerischen Zimmerleute-Verbandes einerseits und der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands andererseits ist folgender Kartellvertrag abgeschlossen worden:

Art. 1. Der Uebertritt ihrer Mitglieder in die obengenannten Kassen kann jederzeit ohne Aufnahmegebühren und Gesundheitsattest geschehen.

Art. 2. Nach Verlauf der vorgeschriebenen Karenzzeit, seit dem Eintritt in eine der unterzeichneten Kassen, treten die Rechte der Mitglieder beim Uebertritt statutengemäß sofort in Kraft.

Art. 3. Beim Verlassen des betreffenden Landes hat die regelrechte Ab- und Anmeldung innerhalb 14 Tagen zu erfolgen.

Art. 4. Vertragsdauer: Dieser Vertrag dauert jeweils ein Jahr. Kündigung desselben hat 3 (drei) Monate vor Terminschluß zu erfolgen.

Art. 5. Vorliegender Vertrag tritt mit dem 1. Juli 1910 in Kraft und erklären unterfertigte Verbandsleiter mit Unterschrift und Stempel die Zustimmung ihrer Verbände.

Luzern, den 5. Mai 1910. Kranken- und Sterbekasse des Schweizerischen Zimmerleute-Verbandes.

Karl Tröndle, Zentralverwalter. Hamburg, den 10. Mai 1910.

Der Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

J. A. Oskar Niemeyer. Der Vorstand.

Abrechnung

vom

Agitations- und Unterstützungs-Fonds

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(G. S. Nr. 2 in Hamburg)

vom 1. April bis 30. Juni 1911.

Einnahme.

- Raffensbestand am 1. April 1911 M. 4336,16, Nachen —,90, Altdamm —,40, Altdreiwitz 2,50, Altdorf 3,50, Altdorf 3,40, Altona 1, Arnstadt 1, Augsburg 4,30, Beck 2,50, Berlin 37,90, Bielefeld 2, Blankenburg —,50, Bücklingen 1, Bornstedt 2,10, Braunschweig 2,50, Brelingen 1,90, Bremen —,70, Breslau 1,20, Bromberg 1, Bunzlau 2,20, Cammer 1,60, Cammin —,50, Cassel 3, Celle 4, Charlottenburg 3, Chemnitz 1,20, Cöpenick 3, Culmbach —,70, Dahlen —,40, Danzig 1, Deutsch-Wiffa 1,50, Döberan 2,40, Dödenhuden 1, Dortmund 1,10, Dresden I 1,60, Dresden II 2,80, Dresden III —,90, Duisburg 2,90, Durlach —,60, Düsseldorf 2, Eßdorf —,80, Elbing 1,10, Effen —,50, Flensburg 4,50, Freiburg 1,70, Friedrichshagen —,50, Fürstengrund —,50, Fürstmalbe 1, Fürth 1, Geseke 1,60, Gießhacht 1,20, Göttingen —,50, Götzig 3, Groß-Flottbek —,40, Groß-Harthau —,40, Groß-Nischwitz —,80, Grünberg 2,40, Güstrow 1,30, Guxhagen 1,40, Hagen i. B. 2,50, Hagenau 1,20, Hamburg 4,80, Hamburg-Barmbeck I 5,80, Hamburg-Barmbeck II 15,90, Hamburg-Eimsbüttel 2, Hamburg-Eppendorf 4,90, Hameln —,40, Hanau —,80, Harburg 5, Heilbronn 1,90, Helmstedt 1,20, Hildesheim —,80, Hohenleina —,50, Jena —,50, Jüterbog —,90, Kall —,80, Kallberge 2,20, Kiel 1,10, Kolzig —,60, Kolmar 1, Königsberg 2,20, Kößschenbroda —,80, Langenbielau 2,70, Lauenburg 1,10, Lehn 2,50, Leipzig I 2, Leipzig III 1,60, Lichtenberg 4,10, Liegnitz 1, Lübeck 3,50, Lüneburg —,50, Ludwigshafen 1,60, Lützenwalde —,80, Magdeburg 2,80, Mannheim 2,20, Marburg 3, Markßfel 3,20, Mariendorf 1,80, Meißen 1, Mellnau —,90, Memel 1,30, Mülhaußen —,70, Mühlheim —,40, München 19,80, München-Grabbach 1,20, Münster i. B. —,30, Nieder-Schöndorfen —,80, Nordenham 1,20, Nürnberg 1,50, Ober-Schöndorfen 3,30, Ohlau 1,70, Osterheim 1,50, Peiskornitz —,50, Pforzheim —,90, Pinneberg 1, Pirna 1,30, Podewitz —,10, Posen 2,40, Potsdam 3,90, Rathenow 3,40, Reichensachsen 3,10, Reinfeld 2,50, Reichenbach —,50, Rhäsa 3,40, Rixdorf 17,30, Rostock —,80, Rothenburg 1,20, Ruhrtort —,70, Rummelsdorf 1,90, Salungen —,10, Samter —,70, Schönebeck 4, Schöneberg 5,10, Schwebda —,50, Schwedt a. b. O. —,20, Segeberg —,80, Speyer —,70, Staßfurt 1,70, Stolp i. B. —,50, Stuttgart 2,60, Sulzingen 1, Templin —,60, Teterow 1,50, Tilsit —,50, Untertürkheim —,20, Weiten 1,50, Wamsee —,70, Wehrden 2,10, Weimar —,80, Weinböhla —,80, Wiebtingen —,10, Wiesbaden —,60, Wilhelmshaven —,90, Wildbrunn —,50, Windeden 2,50, Witten 1, Wittenberg 1,20, Worbis —,20, Wornitz 1,50, Zeitz —,90; ohne Abrechnung eingegangen: Einzelzahler 15, Dickenwerder 3, Cammer 1,70, Frankfurt a. M. 3,90, Halle 5, Hamburg-Eimsbüttel 2, Hamburg-Fußbüttel 2, Hirschberg 3,80, Krozingen 2,40, Lehn 2,90, Markßfel 3, Müllisch 1,10, Regensburg —,30, Reichenhall 2,50, Rixdorf 12,30, Seeb 1,10, Weiten 2,10, Weibel 5,40. Summa M. 4749,46.

Ausgabe.

- Willaers-Elze M. 22, Krauthaus-Erfurt 63, Frau Köpke-Hamburg 25, Geese-Gießhacht 5, Hoffmann-M.-Grabbach 5, Groß-Hamburg 10, Meierin-Kiel 5, Flugblätter und Marken 66, Hohmann-Götzig 40, Herrmann-Berlin 5, Witt-Berlin 5, Frau Semmler-Witwe-Berlin 25, Gäß-Warmbeck II 5, Herzog-Ludwigshafen 5, Peter-Warmbeck II 5, Frau Luhi-Witwe-Schwedt 25, Schwedt-Warmbeck II 5, Rast-Leipzig 30, Ludwig-Reichensachsen 10, Szymanski-Spandau 5, Hollert-Speyer 5, Grothe-Berlin 10, Frau Daafsch-Witwe-Warmbeck I 25, Edmundsthal 5, Frau Knape-Schwedt 25, Wiehagen-Lichtenberg 6, Dettler-Minna 20, Kobs-Warmbeck II 13, Schütt-Schöneberg 38, Sellmann-Wörlingen 5,60, Puske-Hamburg 25, Wieß-Breitenborn 25, Porto laut Buch 9,32, Raffensbestand am 1. Juli 4168,54. Summa M. 4749,46.

Revidiert und richtig befunden durch J. Schulz.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 31. Juli:

Anklam: Abends 8 Uhr beim Restaurateur Kurt Samwerenz, Breite Straße 22.

Dienstag, den 1. August:

Zimenau: Im „Deutschen Haus“. — Zschow: Abends 8 Uhr bei Fr. Mehrstedt, Am Markt. — Zaubau: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Gewerkschaftshaus, Breite Straße. — Nürnberg: Abends 8 Uhr in der „Goldenen Rose“, Weberplatz. — Stockelsdorf: Abends 8½ Uhr bei Pättau in Tackenburg. — Ulm: Abends 7 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Wedel: Abends 8 Uhr im Lokale von Strudmeier.

Mittwoch, den 2. August:

Acherleben: Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Prinz von Preußen“, Ueber den Wässern. — Celle: Abends 8 Uhr bei Knood. — Cöpenick: Abends 8 Uhr bei Otto Joch, Grünauer Straße. — Elbing: Eine Stunde nach Feierabend im „Vereinsgarten“. — Flottbek: Abends 8 Uhr bei David in Dödenhuden. — Guben: Eine Stunde nach Feierabend im Lokal „Zur Friedensallee“. — Penzig: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Karl Schmidt, Götlicher Straße. — Rendsburg: Abends 8 Uhr im „Apollosaal“. — Westerland: Abends 8 Uhr bei Mag Petersen.

Donnerstag, den 3. August:

Cuxhaven: Abends 8 Uhr bei Wwe. Behnke, „Zur Sonne“. — Greifswald: Abends 7½ Uhr bei Penz, Langereihe 19. — Lübeck: Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52. — Schmolln: Nach Feierabend im Grelis Restaurant. — Schwartau: Abends 8 Uhr bei Süße in Nienfeld. — Wilhelmshaven, Bezirk Barel: Abends 8½ Uhr im „Hof von Oldenburg“.

Freitag, den 4. August:

Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfhager Straße 5/7. — Eisenach: Nach Arbeitschluß im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. 147. — Fulda: Abends 8½ Uhr bei Grebe, Äderstr. 64. — Wittenberg: Im Restaurant „Zur Einigkeit“.

Sonntag, den 5. August:

Buer i. W.: Abends 8 Uhr bei Breitenbrock, Hagenstr. 13. — Bunzlau: Bei Gumprecht, Schloßstr. 10. — Cisleben: Abends 8 Uhr im „Vürgergarten“, Nikolaistraße. — Gelsenkirchen: Abends 8½ Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65/67. — Grimmen: Bei Gierke, Norderhinterstraße. — Halle an der Saale: Abends 8½ Uhr im Gasthaus „Zu den drei Königen“, Kleine Klausstr. 7. — Herne: Abends 8½ Uhr bei Kampmeier, Schanroitzstr. 44. — Iserlohn: Abends 9 Uhr bei Gustaf Lange, Am Bach. — Lüneburg: Im Gewerkschaftshaus, Neue Straße. — Ludwigshafen: Abends 8½ Uhr im Lokale von Zeuch, Friesenheimer Straße 67. — Neubrandenburg: Abends 8 Uhr im Restaurant „Zum Schachtelhof“. — Oldesloe: Eine Stunde nach Feierabend im Hotel „Stadt Lübeck“. — Remscheid: Abends 8½ Uhr im Volkshaus. — Sengen a. Hohentwiel: Abends 8 Uhr in der „Germania“. — Stade: Im Lokale „Vellevue“. — Waren: Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“. — Wehlar: Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zum grünen Kranz“. — Wittenberge: Abends 8½ Uhr bei Jahn, Steinstr. 3.

Sonntag, den 6. August:

Nachen: Vorm. 11 Uhr bei Anton Schmitz, Promenadenstraße 20. — Bergen b. Celle: Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Zur Stadt Hannover“. — Bergen a. Nien: Nachm. 3 Uhr in der Herberge. — Blankenburg: Nachm. 3 Uhr im „Vorwärts“, bei Robert Oppermann. — Braunsberg: Beim Kaufmann Kirchner, Am Markt. — Cöln, Bez. Ralf: Vorm. 11 Uhr bei Med. Viktoriasstr. 70. — Crefeld: Vorm. 11 Uhr bei Mayer, Königsstraße. — Duisburg: Vorm. 10½ Uhr bei Marg. Feldstr. 9. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr im Kaufhaus, Berger Straße 8. — Freiburg i. Br.: Vorm. 10 Uhr „Zur Stadt Belfort“, Ecke Belfort- und Mollkestraße. — Fürstberg i. Mecklenburg: Nachm. 4 Uhr im „Schützenhaus“. — Glückstadt: Nachm. 4 Uhr bei Durg, Am Markt. — Hameln: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Königs-Wusterahußen: Nachm. 4 Uhr in Reuthen bei Lindemann, Dorfau. — Laage i. W.: Vorm. 9½ Uhr bei Reinholdt. — Landsberg a. d. Warthe: Nachm. 3 Uhr bei Nothenburg, Rittmeisterstraße 30. — Lützenwalde: Nachm. 3 Uhr. — Ludwigshafen, Bez. Mundenheim-Rheinbörsheim. — Mörb: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zur Stadt Crefeld“, Neustraße. — Neuhaldensleben: Nachmittags 3 Uhr bei Herzog. — Neustadt a. d. Orla: Nachm. 3 Uhr im „Waldfischchen“. — Sagan: Nachm. 2 Uhr im Lokal „Deutsches Reich“, Fischendorfer Straße. — Saarbrücken: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus „Tivoli“. — Selb: Vorm. 9 Uhr im „Ludwigskeller“. — Solingen: Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Kirchner, Hochstr. 27. — Sonderburg: Nachm. 4 Uhr. — Swinemünde: Nachm. 3 Uhr bei Karl Dröge, Grüne Straße. — Schwarzenbach a. d. Saale: Nachm. 2 Uhr bei Christoph Majfel, Gasthaus „Zur Zukunft“. — Stargard i. Pomn.: Nachm. 3 Uhr bei Lebender, Luisenplatz. — Staßfurt: Nachm. 4 Uhr im „Fürstenthor“. — Stendal: Nachm. 4 Uhr bei Karl Grothe, Elisabethstr. 3. — Trier: Vorm. 11 Uhr in der Unionbrauerei, Jakobstraße. — Uelzen: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus (Kleiner Saal).

Anzeigen.

Todesanzeige.

Am 20. Juli verstarb plötzlich unser Mitglied, der Kamerad Wilhelm Burkhardt im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [M. 3,60] Die Zahlstelle Glauchau.

Nachruf. Am 16. Mai hat der Tod unsern Kameraden Herrmann Kehlenbek aus unsern Reihen gerissen. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle Verden a. d. Aller.

Achtung, Zimmerer, Achtung! Den zureisenden Kameraden in Warby ist bis auf weiteres das Umschauen verboten. Arbeitssuchende haben sich beim Kameraden Karl Jobs, Grabengasse 10, sowie beim Kameraden Karl Werner, Brückstr. 18, zu melden. [70 4] Der Vorstand.

Achtung! Zahlstelle Bremervörde. Allen zureisenden Kameraden wird zur Pflicht gemacht, sich vor dem Umschauen beim Kassierer J. Schlüter, Alte Straße 28, zu melden. [70 4]

Zahlstelle Breslau. Alle zureisenden Kameraden haben sich, ehe sie umschauen, im Bureau der Zahlstelle, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, zu melden. [50 4]

Zahlstelle Stettin. Alle zureisenden Kameraden haben sich, ehe sie umschauen, im Bureau der Zahlstelle Stettin, Postalozzistr. 40, zu melden. [50 4]

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Hamburg. Mittwoch, den 2. August, Abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Th. Rohls, Ecke Nöhrendamm und Lindlestraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Berichterstattung vom Kongress der freien Krankentassen. 3. Verschiedenes. [M. 1,20] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Hamburg-Eimsbüttel. Donnerstag, den 3. August, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung bei A. Lemcko, Belle-Alliancestr. 45. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Bericht vom Krankentassenverband. 3. Verschiedenes. [M. 1] Der Vorstand.

Theodor Bierwirth, Verb.-Nr. 105 910, wird hierdurch aufgefördert, seinen in der Zahlstelle Silbesheim hinterlassenen Verpflichtungen nachzukommen. Zahlstellenkassierer, die dessen Aufenthalt kennen, wollen ihn ermahnen und gleichzeitig seine Adresse mitteilen an Paul Schwichtenberg, Silbesheim, Altstädter Stobenstr. 11, 1. Et. [M. 2,10]

Heinrich Heil, Zimmerer aus Philippsburg, sende Deine Adresse an Deinen Kameraden Viktor Mast, Zimmerer, Mengede i. Westf., Destricher Fabrikweg 54. [M. 1,20]

Die Herberge der rechtschaffenen fremden Zimmergesellen zu Halle a. d. S. befindet sich beim Kameraden Stützer, Krausenstr. Nr. 4. Die rechtschaffenen fremden Zimmergesellen in Halle a. d. S. [M. 1,80]

Zahlstelle Augsburg. Sonntag, den 6. August 1911, nachmittags 3½ Uhr: 25jähriges Gründungsfest im „Eisenhammer“ verbunden mit Konzert, Gesang und Ball. Die Festrede hält der Zentralvorsitzende F. Schrader. — Alle Kameraden sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 4,20] Das Festkomitee.

Zimmergesellen bei 45 1/2 Stundenlohn, stellt ein [M. 1,80] C. Mundt, Zimmermeister, Neumark i. Pomn. Zimmerleute werden sofort eingestellt. [M. 1,80] Baumeister Louis Schneider, Riesa a. d. E.